

lehrer nrw

Verband für den Sekundarbereich



Pädagogik & Hochschul Verlag • Graf-Adolf-Straße 84 • 40210 Düsseldorf • Foto: Fotolia

Anschlag auf die Qualität der Lehrerausbildung

3

Aufgespießt

Tabula
Rasa

4

Im Brennpunkt

Langsam gehen
die Lichter aus

13

Dossier

Bildung zwischen Steuerung und
Anpassung: Menschenbilder,
Reformstrategien, Akteure

24

MundgeRECHT

Die neue
Altersteilzeit

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint sieben Mal jährlich
als Zeitschrift des
'*lehrer nrw*' – Verband für
den Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für
Mitglieder des '*lehrer nrw*'
im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Preis für Nichtmitglieder
im Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 13
vom 1. Oktober 2012

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.

Foto: Fotolia

Schöne Ferien

lehrer nrw, die Redaktion sowie der Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern eine erholsame unterrichtsfreie Zeit und einen guten Start ins neue Schuljahr.

Unsere Geschäftsstelle bleibt in der Zeit vom 5. bis zum 16. August geschlossen.



AUFGESPIESST

Brigitte Balbach: Tabula Rasa

3

IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach:
Langsam gehen die Lichter aus

4

SENIOREN

Zu Gast in der Moschee
Protest gegen Zwangs-Sparen
Mit Christo 'ganz in Weiß'
im Gasometer

6

6

7

MAGAZIN

Inklusionsratgeber:
Classroom-Management
Merkel verleiht Deutschen Schulpreis
Mülheimer Kongress 2013

8

8

9

TITEL

Interview mit Wirtschaftsdidaktiker
Prof. Thomas Retzmann und
Jugendforscher Prof. Klaus
Hurrelmann: »Das Fach Wirtschaft
wird kommen«

10

DOSSIER

Prof. Dr. Jochen Krautz: Bildung
zwischen Steuerung und Anpassung:
Menschenbilder, Reformstrategien,
Akteure – Teil 2 –

13



SCHULE & POLITIK

Herbert Reul: Inklusion –
keine Frage von Ideologie,
sondern von Vernunft
Michael König: Die Behinderten-
konvention der Vereinten Nationen –
falsch verstanden?
Frank Görgens: Anschlag auf
die Qualität der Lehrerbildung
Ulrich Gräler: Die Wut ist überall

17

18

20

22

ANGESPITZT

Jochen Smets:
Herr Lernbegleiterin

23

MUNDGERECHT

Michael König:
Die neue Altersteilzeit

24

ÜBER DEN TELLERRAND

Heribert Brabeck:
Gymnasien in Gefahr?

26

HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku

27

Tabula Rasa

Über das Vertikutieren von Rasenflächen.



von BRIGITTE BALBACH

Stellen wir uns vor Beginn der Ferien einmal eine wunderschöne, gepflegte, sattgrüne Rasenfläche vor, die das Herz eines jeden Golfspielers höher schlagen ließe. Die Sonne scheint und wärmt jeden einzelnen Grashalm, so dass dieser sich lustvoll nach oben reckt ... ach jaaahhh ...

Stellen wir uns weiter vor, diese wunderbare gepflegte Grünfläche wäre unsere Bildungslandschaft, die wie ein Rasen in lustvoller Erwartung pflegender Hände durch einen fachmännischen Gärtner im Sonnenschein düst. Sie wartet in ihrer Schönheit auf den Genuss seiner Besitzer und gibt sich währenddessen angenehmen Tagträumen hin ...

Jeder von uns möchte doch wohl ein Grashalm in dieser Bildungslandschaft sein?!

Leider ist es um die Gärtner unseres Bildungsrasens in Nordrhein-Westfalen zurzeit nicht gut bestellt.

» Pflügen statt pflegen

Statt erst einmal einen Plan aufzustellen, wie mit dem vorhandenen Rasen umgegangen werden soll (da gibt es ja zahlreiche Möglichkeiten), kamen die Gärtner gleich mit dem Vertikutierer. Laut Stiftung Warentest 2012 kann das problematisch sein: Einige Vertikutierer schnitten im Test schlecht ab, da sie sehr schnell kaputt gingen, verstopften oder den Rasen gar beschädigten. Manche Gärtner im MSW greifen deshalb gleich zur Rasenschälmaschine, pflügen das Grundstück mit einer Fräse um, um mit Harke und Schaufel eine gerade Fläche für einen komplett neuen Rasen zu schaffen. Altes Gras wird auf diese Weise fast unbemerkt entsorgt, und man muss sich keine weiteren Gedanken um anfallendes Heu machen.

Mein Vater war ein solcher Gärtner. Während meine Kinder im Frühjahr an sonnigen Tagen bereits sehnsüchtige Blicke auf unseren gemeinsamen Hausrasen warfen, um möglichst bald auf

ihm spielen zu können, prüfte mein Vater, ihr Opa, bereits Schaufeln und andere Werkzeuge im Keller, mit denen er dem Rasen zu Leibe rücken konnte. Unbeirrt, energisch und rücksichtslos – ohne das Murren seiner Enkel zu beachten – machte er reinen Tisch mit dem Rasen und schaffte klare Verhältnisse für die gesamte Familie: Die nächsten Wochen war der Rasen tabu. Das Ende muss ich nicht weiter veranschaulichen, Sie können es sich denken: Zarte Grashalme wuchsen sehr langsam und vorsichtig, dann kam der Sommerregen, so dass der Rasen in manchen Jahren gar nicht oder erst weit in den Herbst hinein betreten werden durfte. Das wiederholte sich, bis die Enkel erwachsen waren. Heute träumt meine Mutter von Kindern, die auf ihrem Rasen Ball spielen. Tja...

» Kahlschlag im Bildungsbereich

Das Beispiel zeigt: Tabula rasa ist keine Lösung. Dennoch sind die Gärtner im Bildungsbereich dabei, diese Methode anzuwenden. Die vorhandenen Grünflächen werden nicht geschätzt, der einzelne Grashalm zählt nicht mehr. Die Grünfläche 'Fachleiter' wird zunächst öffentlich gelobt durch Erhöhung der Zulage; kurz drauf graben die Gärtner der Fläche den Rasen weg per neuem Erlassentwurf.

Das Rasenstück 'Realschule' wird nicht offen umgegraben, sondern gründlich vertikutiert. Es bleibt jedoch nicht bei einer Belüftung des Rasens, sondern mündet in Neues. Nichts soll bleiben, wie es ist. Altes wird nicht mit Neuem einvernehmlich verbunden. Da denken moderne Architekten zum Glück anders!

» Fortbildung light ersetzt Studium

Beratungslehrer scheinen noch nicht ausgelastet zu sein; sie werden nach dem neuen Erlass Aufgaben von Sozialarbeitern und Schulpsychologen übernehmen. Fachleute und Experten im Lehrerbereich machen die Gärtner zu Pseudoexperten in fremden Bereichen wie der Sonderpädagogik. →



Zehn Semester Studium ersetzen wir in Nordrhein-Westfalen mal so eben durch eine 18-monatige Light-Fortbildung. Für den Erhalt der sonderpädagogischen Expertise müssen wir noch kämpfen. Lehrer sollen nicht Lehrer bleiben und guten Unterricht machen. Sie sollen stattdessen Lernbegleiter werden, die einfach das 'nachmachen', was Gärtner aus dem MSW ihnen vorgeben. Die pädagogische Freiheit, die 'Luft' zum Atmen eines jeden Grashalms, ist abgeschafft. Manch einer merkt es schon – es wird sich weiter herumsprechen. Hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät für den Rasen.

» Grüne Gärtner ohne grünen Daumen

Ein wunderschönes Bildungsrasenstück ist auch unser bewährtes Förderschulsystem, das vorbildlich die individuelle Förderung für Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf vorlebt. Auch dieses Stück muss in der Rasenlandschaft Nordrhein-Westfalens weichen, und zwar einer Förderung ohne Feststellung des tatsächlichen Förderbedarfs und ohne ausreichende 'Düngemittel' für ein angemessenes langsames Wachstum.

Und in Soest wird im Herbst ein neues (altes?) Treibhaus rekultiviert, das Böcke zu Gärtnern machen wird. Welche Nachhaltigkeit der Bildung!

Was lehrt uns das?

Grüne Gärtner haben nicht unbedingt grüne Daumen!

Gute Gärtner hören dagegen das Gras wachsen und reagieren darauf!

Mein Vorstandsreferent hat übrigens in seinem Rasen Klee gefunden. Was sagt uns das?

Genau!

Echter Rasen kann selbst denken! Er muss von Zeit zu Zeit leicht vertikutiert werden – von Fachleuten!

P.S.: Die Ministerin, so der Flurfunk im MSW, habe bereits Rollrasen der Sorte 'Einheitsschule' bestellt. Geht ja auch schneller.

Langsam gehen die Lichter aus!

Das Kabinett Kraft verliert an Kraft und Strahlkraft.



von ULRICH BRAMBACH

Es scheint das Ende zweier vermeintlicher politischer Führungspersönlichkeiten gekommen zu sein. Viele Bürger haben noch die strahlenden Posen der Siegerinnen der letzten Landtagswahl, Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann, im Kopf. Mit diversen Versprechungen hatten sie klar gewonnen. Auch personelle Zusagen waren dabei. So wurde mit dem Ministeramt für den Gewerkschaftsführer die gewerkschaftliche Klientel 'gekauft'. Auch die 1:1 Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtenschaft wurde zugesagt.

» Wut über 'Lügen-Hanni'

Inzwischen sind Ministerpräsidentin Kraft und ihre Stellvertreterin Löhrmann auf dem harten Boden des politischen Alltags aufgeschlagen. Die Proteste und Widerstände gegen die Gesetzesvorhaben der Landesregierung wachsen von Tag zu Tag. Selbst eingefleischte rot-grüne Wähler machen zunehmend ihrem Unmut Luft und zeigen deutlich, wie bitter sie von der Politik ihrer Parteiführerinnen enttäuscht sind. Mittlerweile skandieren die erbosten Beamten bei sich jeder bietenden Gelegenheit »Lügen-Hanni«!

Im rot-grünen Kabinett herrscht offensichtlich die Meinung vor: Ehe wir uns gegenseitig in den einzelnen Ressorts um die jeweilige Finanzierung auseinandersetzen müssen, wählen wir lieber den einfachen Weg und verweigern den Beamten mit höherer Besoldung die ihnen zustehende Erhöhung ihrer Bezüge.

Sylvia Löhrmann ist kürzlich in eine private Falle getappt, die ihrem Ansehen schwer

geschadet hat: Die Affäre um den Lebenspartner der Ministerin, der auf den Posten des Schuldezernenten in Aachen gehievt werden sollte, ist noch in frischer Erinnerung. Die Aachener FDP sprach von »grünem Amigo-Filz«.

Eine schallende Ohrfeige für die Ministerin war die Anhörung im Landtag zum Thema Inklusion. Der Tenor aller Experten: Inklusion ja, aber so nicht! Weitere Gesetzesvorhaben im Schulministerium, etwa zu den Themen Fachleiter, Beratungslehrer oder Reisekosten stoßen ebenfalls auf heftige Kritik der Lehrerverbände.

» Rechtsbruch zur Vermeidung eines Rechtsbruchs

Der Herr der Haushalte, Finanzminister Norbert Walter-Borjans, wird nicht müde, die Sparleier landauf, landab gebetsmühlenartig vorzuspielen. Dabei ist und bleibt er unglaubwürdig. Mit der Begründung, nicht mehr gegen Gesetze und Verfassung (bereits dreimal hatte das Verfassungsgericht NRW dieser Regierung einen nicht verfassungskonformen Haushalt bescheinigt!) verstoßen zu wollen, lehnt er eine 1:1 Übertragung ab, da der Landesrechnungshof die hohen Personalkosten anmahnt. Gleichzeitig verstößt die Landesregierung gerade mit dieser Entscheidung wieder gegen geltendes Recht, das in der Landesverfassung und im Beamtenrecht grundgelegt ist. Prof. Dr. Ulrich Battis hat bei der Anhörung im Unterausschuss Personal zum Besoldungsanpassungsgesetz im Landtag am 3. Juni eindrücklich ausgeführt, welche Kriterien bei einer geplanten Besoldungsabsenkung zu Grunde gelegt werden müssen.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums sprechen von dem be-

Für die rot-grüne Landesregierung läuft es derzeit nicht eben rund.

Zu Gast in der Moschee

Gruppenbild vor
der imposanten
Ditib Merkez-Moschee
in Duisburg-Marxloh.



Auf Einladung des Referates Senioren im *lehrer nrw* trafen sich 34 *lehrer nrw*-Senioren in Duisburg-Marxloh zu einem Besuch der dortigen Ditib Merkez-Moschee.

Zehra Yilmaz, Leiterin der Bildungs- und Begegnungsstätte, führte die Gruppe fachkundig und unterhaltsam durch die Anlage. Nachdem alle sich ihrer Schuhe entledigt hatten, ging es in die Moschee hinein. Ein gewaltig großer, lichtdurchfluteter Kuppelbau in schönen Farben empfing die Teilnehmer.

Alle nahmen im Schneidersitz auf dem vorderen Teil des riesigen Teppichs Platz, und Zehra Yilmaz begann in perfektem Deutsch mit ihren Erklärungen: über die Notwendigkeit einer eigenen Moschee für

die Türken in Duisburg und Umgebung, über den Bau des Gebäudes durch einen deutschen Architekten und einer deutschen Firma, über die Bemalung der gesamten Moschee innerhalb von nur sechs Monaten, über die Aufteilung des Hauptteiles der Moschee in ein Zentrum mit der großen Kuppel, den vier Seitenhalbkuppeln und der weiteren Untergliederung.

Man habe, so betonte Zehra Yilmaz, aus Rücksicht auf die christlichen Kirchen in der Umgebung das Minarett niedriger als die Kirchtürme gehalten, auch habe man auf

den Muezzin, den Rufer, außen verzichtet, sodass das Minarett also keine Funktion habe, aber vorhanden sein müsse. Der Muezzin lasse vor Beginn eines Gottesdienstes im hinteren Teil der Moschee von einem erhöhten Platz aus sein Rufen ertönen, denn das gehöre zum gültigen Gottesdienst dazu.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen in luftiger Höhe mit Aussicht über die Hafenanlagen an der Schifferbörse setzte sich die Exkursion per Schiff fort. Mit der Weißen Flotte Duisburgs ging es auf eine zweistündige Fahrt über Rhein und Ruhr durch die Hafenanlagen mit verschiedenen Häfen für die Verschiffung von Kohle, Metall und Containern.

Konrad Dahlmann

Protest gegen Zwangs-Sparen

Bei der Demonstrationsveranstaltung der dbb-Verbände am 15. Mai in Düsseldorf protestierten unter den zahlreichen *lehrer nrw*-Mitgliedern auch einige Senioren. Denn sie sind ebenfalls betrof-

fen vom durch das Land verordneten Zwangs-Sparen bei den Versorgungsbezügen durch die Nichtübertragung der vorgesehenen Erhöhungen der Gehälter und Pensionen bei Bundesbeamten auf

die Landesbeamten. Auch an den Aktionen 'letzter Cent' und 'Online-Petition' in diesem Zusammenhang haben sich die *lehrer nrw*-Pensionäre in großer Zahl beteiligt.

Mit Christo 'ganz in Weiß' im Gasometer

Die *lehrer nrw*-Senioren wollen am 8. Oktober 2013 wieder einmal ein ungewöhnliches Kunst-Erlebnis im Gasometer Oberhausen zu besuchen: die Christo-Ausstellung 'Big Air Package'. Sie wird faszinierende Ansichten und Perspektiven bieten. Die Halle ist fast ausgefüllt mit einem weißen Stoffgebilde, das von dicken Seilen gehalten wird. Man hat die Möglichkeit, in diesen 'Ballon' hineinzugehen und die ganz in Weiß getauchte Atmosphäre zu genießen.

Außerdem sind im Parterre und in der ersten Etage alle bisherigen 'Verhüllungen' von Christo und seiner Frau Jeanne Claude in

Großbildern zu sehen. Ein Genuss wird die Fahrt mit dem Lift bis in einhundert Meter Höhe sein, um den 'Ballon' von oben zu sehen und zusätzlich außerhalb des Gasometers einen herrlichen Rundblick über das Ruhrgebiet zu genießen.

Treffpunkt ist am Dienstag, 8. Oktober, um 10:45 Uhr vor dem Eingang des Kassenhäuschens für den Gasometer. Parkplätze sind vor Ort vorhanden. Nach Abfahrt von der Autobahn zunächst dem Schild 'Centro' folgen, dann ist nach einigen hundert Metern das 'Gasometer' ausgeschildert.

Faszinierende Ansichten und Perspektiven verspricht die Christo-Ausstellung 'Big Air Package' im Gasometer Oberhausen.

ANMELDUNG

... bis zum 30. September telefonisch oder per E-Mail bei
Konrad Dahlmann | Telefon 0 25 34 / 3 47
E-Mail: dahlmann@muenster.de

Werben bringt

ERFOLG!

Anzeigenannahme
unter

☎ 02 11 / 355 81 04

Der Spezialist für Klassenfahrten

ENGLAND

S-E-T **s-e-t.de**
Tel: 0421-308820



An alle

Lehrer, Schulangehörige und Kulturbegleiter in NRW!

Unser neues Programm 2013/2014 ist da!

Wir senden Ihnen gerne ein Exemplar kostenlos zu.

Nähere Informationen finden Sie auch im Internet unter www.srd-reisen.de

Viele neue Reisen erwarten Sie, wie zum Beispiel:

- Birma am 25.12.13-04.01.14 für € 2.818,- p.P. im DZ inkl. Halbpension und Flug ab/bis Frankfurt
- Budapest am 28.10.-01.11.14 für € 532,- p.P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab/bis Köln/Bonn
- Jordanien am 13.04.-20.04.14 für € 1.399,- p.P. im DZ inkl. Halbpension und Flug ab/bis Frankfurt
- Lissabon am 22.10.-26.10.13 für € 559,- p.P. im DZ inkl. Halbpension und Flug ab/bis Köln/Bonn

SRD REISEDIENST

71634 Ludwigsburg | Moltkestraße 19 | Tel.: 0 71 41 / 97 10 00 | Fax: 0 71 41 / 97 10 999 oder
51645 Gummersbach | Grünsstraße 18 | Tel.: 0 22 62 / 71 71 00 | Fax: 0 22 62 / 71 71 020
E-Mail: info@srd-reisen.de | www.srd-reisen.de

Inklusionsratgeber: Classroom- Management

Inklusion – ein Thema, bei dem viele Lehrer der sprichwörtliche Schuh mächtig drückt. Die größte 'Druckstelle' ist dabei in der Regel die Frage: Wie kann in einer Klasse, in der plötzlich eine erhebliche Zahl von Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten sitzt, überhaupt gelingender Unterricht stattfinden? Die Angst ist groß, das Verhalten einer solchen Klasse nicht in den Griff zu bekommen. »Bin ich dann nicht nur noch damit beschäftigt, für Ruhe zu sorgen?«,

»Kann ich überhaupt Ruhe herstellen, wenn so viele Schüler emotional-soziale Schwierigkeiten mitbringen?«, aber auch: »Wie gehe ich mit richtigen Härtefällen um?«. Der Ratgeber 'Classroom-Management im inklusiven Klassenzimmer', der jetzt neu beim Verlag an der Ruhr erschienen ist, will dazu praxisnah konkrete Antworten geben.

Dabei leistet das Handbuch dreierlei: Es hilft, die Klasse zu einer echten Gemeinschaft zusammenzuschmieden und ein positives Klima herzustellen. Es liefert viele Strategien zur Prävention von Verhaltensauffälligkeiten. Und es erklärt, was im akuten Ernstfall zu tun ist. Alle Strategien, Tipps und Anregungen sind vielfach bewährt und vom Autor selbst in der Praxis kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Dabei leistet das Handbuch dreierlei: Es hilft, die Klasse zu einer echten Gemeinschaft zusammenzuschmieden und ein positives Klima herzustellen. Es liefert viele Strategien zur Prävention von Verhaltensauffälligkeiten. Und es erklärt, was im akuten Ernstfall zu tun ist. Alle Strategien, Tipps und Anregungen sind vielfach bewährt und vom Autor selbst in der Praxis kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Autor Albert Claßen hat nicht nur Schulen in sozialen Brennpunkten geleitet, sondern ist auch Moderator für das Trainingsraumprogramm. Er arbeitet in einem Projekt für Schulverweigerer und ist ausgebildet in der Streitschlichtung, der Themenzentrierten Interaktion und der Integrationspädagogik.

INFO

Ratgeber Inklusion – Classroom-Management im inklusiven Klassenzimmer | Verlag an der Ruhr | 183 Seiten | Mit veränderbaren Vorlagen zum Download | Klasse 5 bis 10
ISBN 978-3-8346-2326-3 | Preis: 18,95 Euro

Bundeskanzlerin Angela Merkel (3. v.r.) mit Moderatorin Sandra Maischberger (2. v.r.) und den Preisträgern.



Merkel verleiht Deutschen Schulpreis

Sie hat die Schule nicht geschwänzt und war auch relativ fleißig. Das gab Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Interview mit Sandra Maischberger preis, bevor sie am 3. Juni in Berlin den mit 100 000 Euro dotierten Schulpreis 2013 der Robert Bosch-Stiftung und der Heidehofstiftung an die Anne-Frank-Schule in Bargteheide, einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe in Schleswig-Holstein, verlieh.

In der Laudatio werden vernetztes Lernen, gegenseitige Wertschätzung sowie Unterstützung und Förderung der Leistungsentwicklung jedes einzelnen Jugendlichen als Gründe für die Preisverleihung genannt. Die Pädagogen der Anne-Frank-Schule unterrichten bereits so, wie der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie es fordert, der mit seiner Megastu-

die 'Lernen sichtbar machen' die wesentliche Bedeutung des Lehrers und seines Unterrichts hervorhebt. Sie sind im Dialog mit ihren Schülern, geben ihnen Rückmeldung und trauen ihnen vor allem viel zu, so dass die Mädchen und Jungen durch die positive Selbsteinschätzung über sich hinaus wachsen.

Von den fünfzehn nominierten Schulen erhielten fünf einen Preis von 25 000 Euro und alle anderen einen Anerkennungspreis von 2000 Euro.

Die Bundeskanzlerin gratulierte den Preisträgern. Sie befürwortet eine Nachverfolgung der Bildungswege, um effektives Lernen zu ermitteln, und betonte, dass sie sich für eine intensivere Zusammenarbeit für Bildung zwischen Bund und Ländern einsetzt.

Elisabeth von der Forst

Mülheimer Kongress 2013

Wie schon beim letzten Mülheimer Kongress 2011 wird die 45. Auflage der Traditionsveranstaltung das Publikum in ihren Bann ziehen.

Ein spannendes Programm mit hochkarätigen Referenten verspricht die 45. Auflage des Mülheimer Kongress am 13. und 14. November 2013.

'Bildung ohne Pädagogen? Die Lehrkraft zwischen pädagogischer Freiheit und Einpassung'. Unter diesem Motto steht der Mülheimer Kongress am 13. und 14. November. Die 45. Auflage der Traditionsveranstaltung verspricht einmal mehr hochkarätige Fachinformationen und ein unterhaltsames Rahmenprogramm.

Die Riege der Referenten ist exzellent besetzt. So spricht Prof. Dr. Christoph Türcke (Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig) zum Thema 'Kompetenzwahn – die gedankenlose Inflation eines Begriffs'. Die Resilienztrainerin und Autorin Monika Gruhl erklärt, was 'Resilienz für Lehrerinnen und Lehrer' bedeutet. »Auf die Lehrer kommt es

an!«, betont der Lehrer und Autor Michael Felten und plädiert für eine »Rückkehr des Pädagogischen in den Unterricht«. Prof. Dr. Peter J. Brenner, ein guter alter Bekannter auf dem Mülheimer Kongress, erläutert in seinem Vortrag »Von 'Professor Unrat' zum 'faulen Sack'«, wie populäre Vorstellungen vom Lehrerberuf Einfluss auf die Bildungspolitik nehmen. Beim Abendprogramm zum Abschluss des ersten Kongresstages wird die Tom-Brown-Band für beste Partystimmung sorgen.

Den zweiten Tag eröffnet Prof. Dr. Jochen Krautz, der im Dossier in dieser und der letzten Ausgabe von '*lehrer nrw*' bereits einen Vorgeschmack auf sein Vortragsthema 'Der Verlust des Pädagogischen' gegeben hat. Jo-

sef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, fordert in gewohnt prägnanter Form 'Inhalte statt hohler Kompetenzen!'. Dr. Matthias Burchardt (Pädagogische Hochschule Ludwigsburg) deckt die 'Ideologie der Selbststeuerung' auf. Den Abschluss und Höhepunkt bildet der Vortrag von Prof. Klaus Zierer (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg): Unter dem Titel 'Lernen sichtbar machen' steht die viel diskutierte Hattie-Studie im Fokus.

INFO

Die Teilnahmegebühr für den Mülheimer Kongress beträgt für Mitglieder von *lehrer nrw* 40 Euro (ohne Übernachtung) bzw. 85 Euro (mit Übernachtung). Ein Anmeldeformular finden Sie auf dem dieser Ausgabe beiliegenden Flyer.



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
 Mehr Informationen unter: www.1a-Beamtdarlehen.de
NÜRNBERGER



»Das Fach Wirtschaft wird kommen«

Der eine ist renommierter Jugendforscher. Der andere ist anerkannter Wirtschaftsdidaktiker. Und beide sind sich einig: Das Fach Wirtschaft gehört unbedingt in den Fächerkanon der Schulen. Das sagen Prof. Thomas Retzmann und Prof. Klaus Hurrelmann. lehrer nrw-Pressesprecher Jochen Smets traf beide Wissenschaftler in Berlin zu einem Interview über Chancen, Inhalte und Voraussetzungen für ein Fach Wirtschaft – und welcher Inhalte und Strategien es bedarf, um es erfolgreich umzusetzen.

? Herr Retzmann, der Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' in Nordrhein-Westfalen ist abgeschlossen. Wie fällt die Bilanz aus?

RETZMANN Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt vielleicht noch etwas zu früh, den Schlussstrich unter die Bilanz zu ziehen, weil der Schlussbericht erst im Entwurfsstadium vorliegt. Aber die Ergebnisse der Befragung von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülern zeigen doch recht eindeutig positive Zustimmungswerte und vor allem sehr hohe Akzeptanzwerte für die ökonomische Bildung an der Realschule in Form eines

eigenständigen Faches. Die Zustimmungswerte der Schülerinnen und Schüler sind schon sehr hoch, aber die Werte bei den Lehrerinnen und Lehrern sind fast unüberbietbar, wenn man bedenkt, dass die Innovation, die hier im Curriculum gemacht wurde, für sie mit sehr viel Mehraufwand verbunden war, der individuell zu schultern war.

Meine einzige Sorge wäre, dass jetzt die Politik diese Leidenschaft, die sie entfesselt hat, durch einen Federstrich in Frustration verwandeln würde. Denn die Lehrer sind jetzt darauf angewiesen, dass die politische Entscheidung so fällt, dass sie weitermachen können. So

groß bisher das Engagement war, so groß könnte dann auch der Frust unter den Aktiven sein, wenn die Entscheidung anders fällt.

? Kritiker wenden ein, dass die Integration des Faches Wirtschaft in das Curriculum schwierig sei, dass man den Lehrplan an anderer Stelle beschneiden müsste, um Platz für dieses neue Fach zu schaffen. Wie sehen Sie das?

HURRELMANN Wird ein neues Fach in den Lehrplan aufgenommen, heißt das immer, dass ein Arrangement getroffen werden muss. Traditionell müssen die Befürworter des neuen Faches die Beweislast tragen und rechtfertigen, warum es noch mit in das schon volle Pensum der Fächer hinein will. Im Falle des Faches Wirtschaft/Ökonomie, finde ich, sind die Argumente nun aber wirklich so stark, wie man es sich nur wünschen kann. Das Fach repräsentiert einen existenziell wichtigen Aspekt der heutigen Lebenswelt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet dieses Fach nicht im Fächerkanon vertreten sein sollte. Dennoch

Zwei Köpfe, eine Meinung

Prof. Thomas Retzmann (links) und Prof. Klaus Hurrelmann sehen dringenden Bedarf für ein Fach Wirtschaft.



Fotos: Smets

»Die Lehrerausbildung für das Fach Wirtschaft zu gewährleisten, sehe ich als möglich an. Die Fachdidaktiker in Nordrhein-Westfalen haben ihre Bereitschaft erklärt, entsprechende Studiengänge an ihren Hochschulen einzurichten.« Prof. Thomas Retzmann



»Das Fach Wirtschaft repräsentiert einen existenziell wichtigen Aspekt der heutigen Lebenswelt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet dieses Fach nicht im Fächerkanon vertreten sein sollte.«

Prof. Klaus Hurrelmann

kommt es jetzt natürlich darauf an, strategisch und taktisch klug vorzugehen. Ich könnte mir vorstellen, es erst als Wahlfach, dann als Wahlpflichtfach einzuführen und in bestimmten Jahrgängen alternierend mit einem anderen Fach anzubieten. Insgesamt aber muss meiner Ansicht nach über kurz oder lang eine Grundsatzentscheidung getroffen werden, wonach das Fach Wirtschaft/Ökonomie ganz selbstverständlich mit in den Kanon der Fächer an allen Schulen in allen Stufen gehört.

RETZMANN Speziell für den Modellversuch NRW ist es ja so, dass die Schulen das Fach einrichten mussten, ohne auf das Stundendeputat etwas draufsatteln zu dürfen. Wir haben siebzug Schulen, die es gemacht haben, und wir können jetzt näher untersuchen, wie die es denn tatsächlich gemacht haben, denn es ist ihnen ja offensichtlich gelungen.

? Es gibt Kritiker, die einwenden, dass Wirtschaftsverbände, Lobbyisten, Unternehmen über ein Fach Wirtschaft einen unbotmäßigen Einfluss auf Schüler und Schulen nehmen können. Das geht bis zum Vorwurf der Gehirnwäsche. Was entgegenen Sie diesen Kritikern?

HURRELMANN Es ist auffällig, dass viele Wirtschaftsverbände, Berufsverbände, Gewerkschaften, Dachorganisationen wie Bankenverbände oder Versicherungen den Schulen Material anbieten für das Unterrichten von für dringend erachteten wirtschaftlichen Themen, zum Beispiel die Finanzkrise. Sie treffen damit ins Schwarze, weil sie damit ein Defizit der Schulen aufdecken. Die Schulen sind in breiter Front heute nicht in der Lage, ein solches, alle Menschen beeinflussendes Ereignis wie die aktuelle Finanzkrise schlüssig zu erklären, geschweige denn, Handlungsanleitungen zur Bewältigung zu geben. Sie können nicht vermitteln, was Menschen mit ihrem Geld oder ihrer Altersvorsorge tun sollten.

Da werden solche Angebote in den Schulen natürlich mit Interesse und schlechtem Gewissen auf- und hier und da auch angenommen. Und dann kommen möglicherweise ein Bankenvertreter und ein Vertreter des DGB und machen Wirtschaftsunterricht in den Schulen. Ich finde das katastrophal, solange das ohne

ein Fach Wirtschaft geschieht. Angebote von außen, auch von Interessenvertretern, kann eine Schule vertragen, sie können die Schule sogar bereichern. Aber nur mit der professionellen Absicherung eines Unterrichtsfaches im Rücken sind sie verträglich. Nur dann, wenn die Schülerinnen und Schüler schon informiert und trainiert sind, können sie kritische Fragen stellen und argumentativ 'zurückbeißen', wenn es sein muss. Also noch einmal: Die heutigen Angebote von außen sind ein Signal, dass ein eklatantes Defizit existiert. Sie kommen nur deshalb zustande, weil die Schulen mehrheitlich keinen Wirtschaftsunterricht haben, alle aber zugleich spüren, hier haben wir etwas versäumt in der Bildungspolitik.

RETZMANN Innerhalb eines existenten Faches mit kompetenten Lehrern sehe ich die Indoktrinationsgefahr als sehr gering an.

Praxiskontakte Schule-Wirtschaft muss es geben. So wie man mal einen Zeitzeugen in den Geschichtsunterricht einlädt, der auch immer nur eine einseitige Perspektive auf das Geschehen hat. Hier kann der Geschichtslehrer korrigierend eingreifen. So muss auch der Wirtschaftslehrer korrigierend eingreifen, wenn Einseitigkeiten präsentiert werden. Aber das kann er dann auch.

? In Nordrhein-Westfalen steht neben der Einführung eines eigenen Faches oder Wahlpflichtfaches offenbar auch die Implementierung eines Lernbereichs 'Arbeitslehre, Wirtschaft, Technik' nach dem Vorbild von Gesamtschulen zur Diskussion. Wie beurteilen Sie das?

RETZMANN Schaut man auf die Geschichte der Arbeitslehre, muss man fragen: Was ist denn aus der Idee der 1960er Jahre geworden, und warum ist es eher eine Verfallsgeschichte als eine Erfolgsgeschichte? Gerade wird – wie man hört – die Arbeitslehre in der ehemaligen Hochburg Bremen an der Hochschule eingestampft. Es ist ein Lernbereich, der keine Konturen hat, sondern gar zu Unterschiedliches versammelt: Da sind Hauswirtschaft und Ernährungslehre drin, der Bereich Textil, die ökonomische Bildung und nicht zuletzt die technische Bildung. Wer soll das denn in der Schule unterrichten? Ein einziger Lehrer kann das →

gar nicht. Man müsste für diesen Lernbereich also mehrere Lehrer haben, die jeweils unterschiedlich qualifiziert sind. Ich fürchte, am Ende wird der Ökonomiebereich derjenige sein, der am ehesten fachfremd unterrichtet wird.

Ich bin sehr skeptisch, was den Lernbereich Arbeitslehre angeht, einfach weil er es in fünfzig Jahren nicht geschafft hat, auf die Beine zu kommen.

Prof. Dr. Thomas Retzmann

ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaften und Didaktik der Wirtschaftslehre der Universität Duisburg-Essen, Campus Essen. Er ist Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB e.V.).

? In Nordrhein-West-

falen war ja schon einmal der Weg bereitet für ein Fach Wirtschaft. Es gab achtzehn Professuren. Jetzt sind wir nahezu wieder bei null. Was erfordert denn das Fach Wirtschaft hinsichtlich der Lehrerbildung und -weiterbildung?

RETZMANN Die Lehrerbildung für das Fach Wirtschaft zu gewährleisten, sehe ich als möglich an. Die Fachdidaktiker in Nordrhein-Westfalen haben ja ihre Bereitschaft erklärt, entsprechende Studiengänge an ihren Hochschulen einzurichten. Das Ministerium müsste die Hochschulen natürlich ermutigen, vielleicht auch sehr konkret dazu anregen, diese Studiengänge einzurichten. Aber die Hochschulen werden diese Studiengänge nur einrichten, wenn es ein Fach gibt. Wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten zur Vermittlung des Fachwissens gibt es an vielen Standorten. Wirtschaftsdidaktik-Professuren sind leider dem Rotstift sehr stark zum Opfer gefallen, aber es gibt sie. Und sie haben ihre Bereitschaft erklärt, eine ordentliche Lehrerbildung auf die Beine zu stellen. An der Lehrerbildung würde es meines Erachtens nicht scheitern.

HURRELMANN Die muss aber sein. Das Fach lässt sich nur etablieren, wenn es wie bei allen anderen Fächern eine entsprechende Korrespondenz in der Ausbildung der Universitäten und Hochschulen gibt. Sonst geht es nicht.

? Herr Hurrelmann, Sie äußern in Ihrer jüngsten Studie die Befürchtung, dass aus der 'Generation Praktikum' die 'Generation Altersarmut' wird. In diesem Zusammenhang fordern Sie das Fach Wirtschaft. Warum?

HURRELMANN Wir haben in dieser Studie 17- bis 27-Jährige befragt. Wir haben die Befragung zum zweiten Mal gemacht und können erste zeitliche Tendenzen erkennen. Das bemerkenswerte an den Ergebnissen ist für mich, dass in dieser Altersspanne heute ein Bewusstsein vorhanden ist, dass zu meinen Planungs- und Entwicklungsaufgaben als junger Mensch im Leben auch gehört, meine finanzielle Zukunft abzusichern, wenn ich nicht mehr berufstätig bin. Für ein fernes Ereignis, das für die jungen Leute vierzig bis fünfzig Jahre voraus liegt. Viele sind noch gar nicht im Beruf und haben auch keine Garantie, dass sie berufstätig sein können. Das ist eine wirklich bemerkenswerte Erweiterung der Entwicklungsaufgabe 'Wirtschaften, Konsumieren, Planen' um die Komponente 'Vorsorgen'. Das muss man positiv herausheben.

Es wäre wunderbar, würden die jungen Leute in der Schule hierbei unterstützt. Daran mangelt es heute, und deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass nur ein kleiner Teil der Befragten die Absicht der Vorsorge in konkrete Planung umsetzen kann. Das sind die, die eine gute Bildung und Ausbildung haben und verhältnismäßig gutes Geld verdienen. Bei denen kann man erkennen, dass sie etwas tun, um neben dem geschrumpften Bestand, den sie aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben werden, noch eine betriebliche und/oder private Säule der Rentenversicherung aufzubauen. Das setzt Eigeninitiative und eine gewisse Kompetenz voraus. Ich muss einschätzen können, worum es überhaupt geht, welche Angebote vorhanden und geeignet sind. Das schafft heute nur eine Minderheit von etwa 25 Prozent. Bei der großen Mehrheit stoßen wir trotz der großen Bereitschaft, etwas zu tun, auf Ratlosigkeit. Die Jugendlichen, das zeigt unsere Befragung, sind auf ihre Eltern und auf das Internet angewiesen, wenn sie entsprechende

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

gehört zu den bekanntesten Jugendforschern in Deutschland. Nach langjähriger Tätigkeit an der Universität Bielefeld, wo er Sozial- und Gesundheitswissenschaft lehrte, ist er heute Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin.

Informationen brauchen. Die Schulen fallen aus, weil dort keine zuverlässigen und dauerhaften Informationen über solche Planungsfragen vermittelt werden.

Auch darum benötigen wir das Fach Ökonomie dringend an allen Schulen.

? Eltern, Schüler und Lehrer an den Modellschulen in Nordrhein-Westfalen wollen das Fach. Aber es ist letztlich eine politische Entscheidung. Wie sehen Sie die Chancen?

RETZMANN Es sind jetzt politische Entscheidungen gefordert, die kann man durch wissenschaftliche Studien nicht erzwingen. Wir können noch so viele wissenschaftliche Erkenntnisse über die Notwendigkeit, die Möglichkeit, die Sinnhaftigkeit, die Wünschbarkeit von ökonomischer Bildung zusammentragen: Das alles ersetzt den politischen Willen nicht. Ich bin gespannt auf die politische Entscheidung und glaube, sie nicht weiter beeinflussen zu können.

HURRELMANN Doch, doch: Die ist schon beeinflussbar.

RETZMANN Aber von mir nicht.

HURRELMANN Doch, auch von Ihnen. Allerdings brauchen wir eine ziemlich breite Allianz. Politiker können zum Handeln gedrängt werden, wenn eine sehr große Bewegung für ein

Thema da ist. Die haben wir zur Zeit noch nicht. Wir brauchen sehr viel mehr Verbündete. So lange es so viele Skeptiker gegenüber einem Fach Wirtschaft/Ökonomie gibt, meist aus gewerkschaftlicher oder politisch linker Zone,

kommen wir nicht weiter. Wir müssen auch sie gewinnen und ihnen deutlich machen: Das Fach Wirtschaft ist notwendige Ergänzung und überfällige Bereicherung des Fächerkanons, und es muss professionell vermittelt werden. Die Durchsetzung dieser Idee kann dauern. Aber auf lange Sicht wird allen klar werden, es gibt keine fachliche Alternative dazu. Und deswegen wird das Fach irgendwann kommen.

DAS KOMPLETTE INTERVIEW IM WEB

Aus Platzgründen können wir das Interview mit den Professoren Retzmann und Hurrelmann an dieser Stelle leider nur in Auszügen drucken. Das komplette Interview mit weiteren wichtigen Aspekten finden Sie unter www.lehrernrw.de

Eine Elite beeinflusst die öffentliche Meinung so, dass sich die medial vermittelte Meinungsbildung in die gewünschte Richtung entwickelt. Früher nannte man das Propaganda. Heute spricht man dezenter von 'soft governance'.



Bildung zwischen Steuerung und Anpassung:

Menschenbilder, Reformstrategien, Akteure

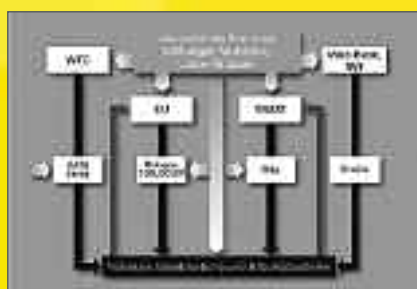
Teil 2

Im zweiten Teil des Dossiers (Teil 1 siehe *Lehrer nrw* 4/2013, Seite 13) erläutert Prof. Krautz, wie die Ökonomisierung der Bildung um sich greift.

von Prof. Dr. JOCHEN KRAUTZ

» 5. Durchsetzung: Strategien und Akteure im Bildungswesen

Wie kommt es nun, dass Konzepte und Menschenbilder, die nicht der Pädagogik entstammen, sondern ökonomischen Theoriezusammenhängen, derart dominant werden, dass sich mittlerweile Bildungspolitik, Schulpraxis und große Teile der Wissenschaft danach ausrichten? Wie kommt es, dass Veränderungen, die an vielen Stellen den verfassungsmäßigen Grundlagen unserer Länder und des Grundgesetzes widersprechen, umgesetzt werden, ohne dass hierüber eine öffentliche Diskussion erfolgt wäre? Dazu werden im folgenden Akteure und Strategien der Durchsetzung dieses neuen 'Bildungsverständnisses' herausgearbeitet.



Dieses 2007 vom Autor veröffentlichte Schema zeigt, welche internationalen Organisationen und Lobbygruppen auf die nationalen Gesetzgebungen und Bildungssysteme Einfluss nehmen.¹ Hier soll der Schwerpunkt vor allem auf der europäischen Ebene liegen, auf der OECD, die als Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eigentlich eine ganz andere

¹ Vgl. Krautz: *Ware Bildung*, 2007

re Aufgabe hatte, und auf der EU, die nominell überhaupt keinen legitimen Einfluss auf Bildungspolitik hat.

» 5.1 'Sanfte Steuerung' der Bildungspolitik

Wie diese Internationalen Organisationen (IO) die Bildungspolitik nicht nur in Deutschland grundlegend verändert haben, wurde mittlerweile in Forschungsergebnissen eines Sonderforschungsbereiches der DFG empirisch gestützt dezidiert herausgearbeitet.² Man nennt diese Mechanismen in der Politikwissenschaft 'Soft Governance'. Solche 'sanfte Steuerung' zielt darauf, nicht legitimierten Einfluss auszuüben und zwar so, dass er möglichst unbemerkt bleibt. Früher hat man dies offener 'Propaganda' genannt, denn Propaganda geht im Kern von



² www.sfb597.uni-bremen.de/pages/forProjektBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=14

einem Gesellschaftsbild aus, in dem eine Elite die öffentliche Meinung durch die Inszenierung von Krisen und Ereignissen so beeinflusst, dass sich die medial vermittelte Meinungsbildung in die gewünschte Richtung entwickelt. Das rechtfertigt man damit, dass das Volk nicht imstande sei, sich selbst zu bestimmen.³

Man kennt heute sehr genau die sozialpsychologischen Strukturen, die es zu beeinflussen gilt, und die hierzu geeigneten Methoden. So hat auch der genannte SFB 597 ein Modell erarbeitet, in dem 'governance instruments' benannt werden, also Steuerungsinstrumente, mit denen gerade die OECD und die EU arbeiten. Das erste und für uns wichtigste nennt sich 'discursive dissemination', also die gezielte Verbreitung von Diskursen: Eine Flut von 'Expertenstatements', 'Gutachten', 'Monitorings', 'Rankings' und 'Studien' zu Bildungsthemen wird beständig in die Öffentlichkeit eingespeist. So setzt man Themen in der Diskussion und lenkt sie zugleich.⁴ Das Ziel ist klar: Neue Ideen sollen etabliert werden ('establishing ideas'), man will also jeweils national geprägte Bildungsvorstellungen neu ausrichten. Wohlgemerkt: Wir sprechen hier von der gezielten Veränderung von inneren Bildern und Leitidealen der Bürgerinnen und Bürger! Man könnte dies auch schlicht Manipulation nennen.

Dann werden Standards aufgestellt, die Verhalten vorschreiben sollen ('prescribing behaviour'). Je nach Land wird dies mit finanzieller Unterstützung gesteuert, und der Prozess wird auf den internationalen und informellen Ebenen koordiniert: Die Überwachung der Umsetzung liegt nun bei OECD (PISA) und EU (Bologna-Prozess), nicht mehr bei den Nationalstaaten. Die OECD selbst formuliert, solche informelle Steuerung über 'peer reviews' sei 'wohl der effizienteste Weg, Einfluss auf das Verhalten souveräner Staaten auszuüben'.⁵ Es handelt sich hierbei also nicht um Zufälle oder ungewollte Effekte, sondern strategisch geplante und durchgeführte Maßnahmen zur demokratisch nicht legitimierten Beeinflussung nationaler Bildungspolitik.

Die Forschungen des SFB 597 arbeiten auch heraus, dass in diesem Prozess mit Widerstand gerechnet wird. Das sind sogenannte 'veto-play-

ers' und 'veto-points', also jene, die man gerne als 'Bedenkenträger' abqualifiziert. Eine Teilstudie für Deutschland kommt zu dem eindeutigen Resümee, dass und wie es PISA und Bologna gelang, diese Vetospieler auszuschalten und die leitenden Ideen von Bildung umzudefinieren: »Despite the existence of multiple veto points and guiding principles that were contrary to existing ideals PISA and Bologna managed to overcome these obstacles and substantially influenced the German education system especially by applying IO governance instruments, such as discursive dissemination and coordinative activities. Additionally, standard setting played a role in the context of H[igher] E[ducation]: the Bologna Process defined aims to be achieved in a certain time period. (...) With rather soft governance instruments both IOs were successful in changing established structures and guiding principle of German S[econdary] E[ducation] and HE. (...) The impact of IOs was able to alter the preexisting German guiding principles in general.«⁶

» 5.2 PISA-Schock und normative Empirie

In dieser Strategie hat die PISA-Studie eine wesentliche Rolle gespielt. In der medialen Verbreitung wurde die Studie zunächst mit der Aura unfehlbarer empirischer Validität aufgrund harter Test-Empirie umgeben: Nun sei zweifelsfrei festgestellt, wie schlecht das deutsche Bildungswesen ist. Abgesehen davon, dass am statistischen Zahlenwerk und den daraus abgeleiteten Folgerungen von einschlägigen Fachleuten gut belegte Kritik geübt wird, räumt das PISA-Konsortium selbst offen ein, dass seine Empirie keineswegs eine neutrale Messung ist, sondern normativ wirkt: »Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die PISA-Tests mit ihrem Verzicht auf transnationale curriculare Validität [...] und der Konzentration auf die Erfassung von Basiskompetenzen ein didaktisches und bildungstheoretisches Konzept mit sich führen, das normativ ist.«⁷ Weil sich also die PISA-Fragen an den Richtlinien und Lehrplänen der zahlreichen getesteten Länder weder orientieren können noch wollen, wird der Maßstab für die vorgenommene Messung selbst aufgestellt. Nicht das deutsche Bildungsverständnis, sondern das besagte Kompetenzkonzept der OECD ist somit Maßstab.

Und seitdem wurde jede Reformmaßnahme ohne weiteres Nachdenken damit begründet, im PISA-Test künftig besser abschneiden zu wollen. Damit etablierten sich undeckelt das ökonomistische Menschenbild und das Kompetenzkonzept von PISA als neue Leitlinie des deutschen Schulwesens: Lehrpläne, Standards und zentrale Prüfungen wurden entsprechend angepasst, die OECD-Kriterien gelten nun als neuer Maßstab für Bildungserfolg. Die vermeintlich 'objektiven' Vergleichstests setzten so per normativer Empirie ein völlig anderes Bildungsverständnis durch – am demokratischen Souverän und an geltenden Richtlinien vorbei.

Der 'PISA-Schock' zeigt sich dabei als Pendant zu der von Naomi Klein herausgearbeiteten marktradialen Reformstrategie des Neoliberalismus, die durch Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen oder gezielt inszenierte Ereignisse ausgelöste Schockzustände ausnutzt.⁸ Denn der Schock lähmt das Denken und öffnet mental Tür und Tor für schon vorbereitete 'Lösungsmaßnahmen', die die reale oder inszenierte Krise überwinden sollen und nach denen dankbar gegriffen wird. Der medial inszenierte 'PISA-Schock' hat Bildungspolitiker, Wissenschaftler, Lehrer und Bürger bereit für umfassende Reformmaßnahmen gemacht.

» 5.3 Bertelsmann und

'Die Kunst des Reformierens'

Gerade auch für Nordrhein-Westfalen ist zudem das Wirken der Bertelsmann-Stiftung von zentralem Interesse. Seit langem kann diese Stiftung als 'heimliches Bildungsministerium' gelten. In einer Schrift mit dem Titel 'Die Kunst des Reformierens'⁹ gibt die Stiftung Politikern dezidierte Anleitung, wie man Reformprozesse gegen den Willen der Bürger durchsetzt, denn der Volkswille gilt als zufällig und schwankend, weshalb er von 'Experten' gesteuert werden müsse: »Um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Regierung sich im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen.« Dass dies als 'nur auf den ersten Blick demokratietheoretisch bedenklich'¹⁰ gilt, verweist auf ein Demokratieverständnis, das Bürger als zur Selbstbestimmung unfähig ansieht, weshalb sie entsprechender Führung durch Eliten bedürften.

3 Vgl. Krautz, Jochen: Bildungsreform und Propaganda. Strategien der Durchsetzung eines ökonomistischen Menschenbildes in Bildung und Bildungswesen. In: Sonderheft 'Demokratie setzt aus' der Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik 2012, S. 86-128 (<http://www.phvn.de/images/krautz.pdf>)

4 Jüngstes Beispiel wäre etwa die mediale Offensive zur 'Abschaffung der Schule' des TV-Philosophen Richard David Precht, der einmal mehr die bildungsromantische Diskursseite bediente.

5 OECD: Die Globalisierung in den Griff bekommen. Die Rolle der OECD in einer sich wandelnden Welt. 2004, S. 23

6 Ebd., S. 3; 27

7 Vgl. Jahnke, Thomas/Meyerhöfer, Wolfram (Hrsg.): PISA & Co. Kritik eines Programms. Hildesheim 2006

8 Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001, S. 19

9 Vgl. Klein, Naomi: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt/Main 2007

10 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die Kunst des Reformierens. Konzeptionelle Überlegungen zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie. Zukunft Regieren. Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik. Gütersloh 3/2009, S. 24

11 Ebd., S. 24

Die Ausführungen des Bertelsmann-Papiers sprechen vor dem hier entwickelten Hintergrund weitgehend für sich, weshalb sie ausführlicher zitiert seien. Die Durchsetzung von Reformen beginnt eine Regierung gemäß den Ratschlägen der Autoren mit der »Erarbeitung eines Reformkerns in der 'Agenda-Setting'-Phase unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen«. ¹² Ein exklusiver Zirkel trifft demnach strategische Entscheidungen, die durchzusetzen sind. Die Betroffenen werden dabei gerade *nicht* einbezogen, sondern ausgeschlossen. Weiter empfiehlt die Stiftung die »Partizipation der Interessengruppen (und eventuell der politischen Opposition) in der Entscheidungsphase, weil dadurch das Wissen über das Politikfeld und die Legitimität der Reform gesteigert und umgekehrt Widerstände gemindert werden können.« ¹³ Demnach geht es nicht um einen sachlichen Dialog mit den Beteiligten, sondern darum, den *Eindruck* von Beteiligung zu wecken, um das eigene Vorhaben äußerlich zu legitimieren und Widerstände auszuschalten.

Sodann beginnen PR-Spezialisten ihre Arbeit, um einen »kommunikativen 'Frame'« zu entwickeln, »der glaubhaft die inhaltliche Dimension einer Reform repräsentiert und über die Medien oder eigenständige Kampagnen transportiert wird.« ¹⁴ Es wird also eine Sprachregelung gefunden, mit der die neueste Diskussion in die Öffentlichkeit transportiert werden soll. Zur Umsetzung empfiehlt man ein 'strategisches Zentrum' einzurichten, 'das durch alle Phasen des Reformprozesses hindurch die Fäden in der Hand behält.' Dies schließe die 'Reorganisationen der Regierungszentralen' ein. ¹⁵ Im Klartext: Es werden in den Ministerien eigene Stäbe oder Arbeitsgruppen installiert, die nun das Handeln der Exekutive steuern. Und in der Tat begegnet man in Kultus- und Wissenschaftsministerien allortigen Mitarbeitern oder ehemaligen Angehörigen der Bertelsmann-Stiftung und ihrer Ableger. Die Strategie ist längst umgesetzt.

» Zersetzung der Opposition

Weiter gibt man genauere strategische Anweisungen, wie 'veto-players' auszuschalten sind, wie man ihren Zusammenhalt schwächt und destabilisiert: »Ein geschickter Partizipationsstil zeichnet sich dadurch aus, dass flexible und neue Formen der Inklusion das Widerstands-

DER AUTOR

Prof. Dr. Jochen Krautz, Professor für Kunstpädagogik an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Alfter, Mitglied im Beirat der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen' (www.bildung-wissen.eu), Autor zahlreicher Publikationen zu den Hintergründen der Bildungsreformen (unter anderem 'Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie', 3. Aufl. 2011)



tenzial großer Interessengruppen und (Teilen) der Opposition aufzubrechen versuchen. Reformen können auch so konzipiert werden, dass sie manche Interessengruppen begünstigen und andere benachteiligen, um so eine potenziell geschlossene Abwehrfront zu verhindern.« »Die strategisch gehandhabte Inklusion und Exklusion bestimmter Akteure definieren wir als selektiven Partizipationsstil. [...] Durch eine selektive Partizipation während der Entscheidungsphase können Vetospieler in ihrer Kohärenz geschwächt, sozusagen »gesplittet«, und die Protestfähigkeit bestimmter Interessengruppen gemindert werden.« ¹⁶

Reflektiert man vor diesem Hintergrund einmal die Erfahrungen vieler Verbände und Gewerkschaften, aber auch die der Kollegien in den Schulen in den letzten zwanzig Jahren, so stößt man auf vielfältige Parallelen. Nur zu oft hörte man das Argument: »Wir dürfen uns nicht zu kritisch zu den Reformen äußern, sonst werden wir nicht mehr zu Anhörungen eingeladen.« Oder auch: »Es ist ja nicht alles schlecht, so können wir wenigstens einige Ideen einbringen.« Hier zeigten die genau kalkulierten Umarmungsstrategien ihre Wirkung.

» 5.4 Innere Schulreform:

Qualitäts- und Change-Management

Auf der Ebene der einzelnen Schulen und Kollegien werden Reformen v.a. über zwei Mechanismen durchgesetzt, das sogenannte Qualitätsmanagement sowie das Change-Management.

Qualitätsmanagement ist bekanntlich eine Übertragung kybernetischer Regelungssysteme auf menschliches Handeln. Wie bei einem Heizungsthermostat, das seinen Wärme-Input gemäß dem gemessenen Temperatur-Output steuert, soll nun auch in Schulen Qualität durch eine Feedbackschleife ('Qualitätszirkel', zum Beispiel SEIS) erhöht werden.

Die Idee ist so bestechend einfach wie für komplexes menschliches Handeln unbrauchbar: Wenn Schulinspektoren Kollegen zwanzig Minuten im Unterricht beobachten und Ankreuzbögen ausfüllen sowie das Schulprogramm evaluieren und dies dann an die Kollegen 'rückmelden', entsteht eben *nicht* pädagogische Qualität. Denn diese ist immer von situativem Verstehen und Handeln in einer hochkomplexen Situation abhängig. Rainer Dollase hat darauf hingewiesen, dass tatsächliche Unterrichtsqualität nur entwickelt werden könnte, wenn die Inspektoren das kollegiale Gespräch suchen würden und in der Lage wären, den besseren Unterricht auch *selbst vorzumachen*.¹⁷ »Schauen Sie, Frau Kollegin, ich zeige Ihnen, wie es geht!« So könnte man tatsächlich professionell und auf Augenhöhe über guten Unterricht sprechen.

Faktisch verbreiten die 'Qualitätssicherer' nur Aufregung und fördern die forcierte Produktion sinnloser Papierberge und Show-Schulstunden. Die drohende Kontrolle führt zu vorausseilenden Anpassungsleistungen, zum Gehorsam gegenüber Reformforderungen, die man eigentlich als unsinnig beurteilt.

» Akzeptanz herstellen

In den Ministerien und Steuerungsagenturen kennt man diese hartnäckige professionelle Eigenständigkeit der Lehrerinnen und Lehrer inzwischen und sinnt darüber nach, wie man sie 'aufbrechen' kann. So heißt es etwa in einem Abschlussbericht über einen Schulversuch in Niedersachsen: »Weil die eher skeptischen bis ablehnenden Haltungen dieser Gruppe gegenüber der Übertragung von Managementkonzepten und -instrumenten auf die Schule in über langjährigen beruflichen Sozialisationsprozessen er-

¹⁷ Vgl. Dollase, Rainer: Sinn und Unsinn des Qualitätsmanagements. In: Deutscher Lehrerverband (Hrsg.): Wozu Bildungsökonomie? Berlin 2012, S. 83-93

¹² Ebd., S. 7

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd., S. 8

¹⁶ Ebd., S. 40f.

worbenen mentalen Strukturen und anderen – durchaus pädagogisch begründeten – Vorstellungen von Schule wurzeln, ist davon auszugehen, dass sie nicht so einfach und kurzfristig 'aufzubrechen' sind. Trotz dieser verfestigten Einstellungs- und Handlungsmuster wäre in diesem Zusammenhang zu fragen, wie bestimmte, bei vielen Lehrkräften in der 'Zone der Sensibilität' liegende und deshalb auf Bedenken und Skepsis stoßende Projektelemente langfristig in die 'Zone der Akzeptanz' transformiert werden können.¹⁸

Wohlgemerkt: Man fragt nicht, wie man mit Lehrerinnen und Lehrern vernunftbezogen diskutieren kann, wie man das bessere Argument findet und vertritt, sondern es geht unverhohlen um die Manipulation ihrer pädagogischen Einstellungen und Überzeugungen jenseits rationaler Argumentation. Denn 'Akzeptanz' ist »ein Begriff des Polit-Marketings, ein Herrschaftsbegriff«, wie man schon 1989 bei der OECD wusste.¹⁹ Demokratie aber besteht nicht im 'Herstellen von Akzeptanz', sondern im Austausch von Argumenten.

So zieht man professionelle Experten heran, die sich auf 'Change Management' verstehen. Eine solche Agentur, die unter anderem Schulreformprozesse in Baden-Württemberg und Österreich umsetzt, wirbt entsprechend: »Wir verstehen uns als 'Agency of Change'. Wir sind die Spezialisten in der Modellierung und Begleitung von Übergangsprozessen. (...) Change Management bedeutet: mentale Neuorientierung, Beschreiten innovativer Wege, offener Dialog mit den Beteiligten und emotionale Klärung und Öffnung.«²⁰ Auch hier zielt 'offener Dialog' nur auf das zuvor schon festgelegte Ziel. So durchleiden ganze Kollegien Konferenzen, bei denen mit bunten Zettelchen, Gruppenarbeit, gruppendynamischen Vertrauensübungen und systemischen 'Aufstellungen' ein Anschein von Partizipation erweckt wird, jedoch am Schluss genau das herauskommt, was der Moderator wollte. Solche psychologische Manipulation in Großgruppenprozessen durch vom Schulamt bestellte Spin-Doctors als perfide Form der 'Steuerung' sind jedoch immer abhängig vom Mitmachen der Kollegen: Sobald jemand aufsteht, widerspricht und geht, platzt die Blase.

18 Schulversuch ProReKo (Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren), Niedersachsen, Abschlussbericht, 7. Juni 2008, S. 170

19 Strittmatter, Anton: Von der Akzeptanz von Neuerungen zur schulischen Organisationsentwicklung. In: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Bonn (Hrsg.): Wie öffnet sich die Schule neuen Entwicklungen und Aufgaben? Bericht über ein OECD/CERI-Seminar. Bremerhaven 1989, S. 177

20 <http://www.ios-schley.de/cms/index.php?id=4>, letzter Abruf 15.07.2011

» 6. Ausblick

'Ökonomismus in der Bildung' bedeutet also die manipulative Durchsetzung eines Menschenbildes und eines Bildungsverständnisses, das den Grundwerten unserer Verfassung widerspricht und das diametrale Gegenteil zu allen – traditionell-humanistischen wie kritisch-emanzipatorischen – Konzepten von Bildung darstellt.

Tatsächlich erweist sich sowohl die pseudo-ökonomische wie die pseudo-kinderfreundliche Rhetorik als kontraproduktiv: Sie verschlechtert Bildung. Sie gefährdet die Grundlagen unsere Kultur und Demokratie. Und sie schadet auch und gerade der Wirtschaft. Handwerk und technische Industrie beklagen den immer weiter nachlassenden Qualifikationsstand ihrer Bewerber. Große Unternehmen schulen Bachelor-Absolventen inzwischen stillschweigend oft jahrelang nach; Mittelständler können das leider nicht und ringen die Hände. Und auch große Unternehmensberatungen, die diese Konzepte propagiert haben, wundern sich inzwischen über all die jungen anpassungsbereiten Bachelor-Absolventen, die im Assessment alle dasselbe sagen, und vermissen Urteilskraft, Hintergrundwissen und Weltgewandtheit.²¹

Eberhard von Kuenheim, dreißig Jahre im Vorstand und Aufsichtsrat von BMW, hat betont, dass gerade die Ökonomisierung der Bildung der Wirtschaft schadet: »Die vorgeblich durch Zwänge der Wirtschaft erforderliche Ökonomisierung der Bildung ist der falsche Weg. Indizien belegen, dass eben sie die Schäden verursacht, die man beklagt.«²² Und der Industrie- und Handelskammertag widersprach kürzlich deutlich dem OECD-Matra, demzufolge wir eine Akademikerquote von vierzig Prozent bräuchten. Doch das schade gerade der deutschen Wirtschaft, die traditionell auf qualifizierte Facharbeiter und Meister angewiesen sei.²³

Wie lange will sich Bildungspolitik also noch an irrigen Konzepten orientieren, die der Jugend schaden, Kultur zerstören und Demokratie abbauen? Die Zeit, in der man dem ökonomischen Imperialismus noch gläubig abnahm, dass er alles besser erklären und managen könne, so auch die Bildung, dürfte im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise vorbei sein. Und die dargestellten Konzepte der Manipulation und Propaganda

21 Vgl. 'Studenten wollen nicht abgerichtet werden'. Ein Gespräch mit dem Philosophen Julian Nida-Rümelin. In: Die Zeit v. 08.05.2013

22 Kuenheim, Eberhard von: Wider die Ökonomisierung von Bildung. In: FAZ v. 13.04.2011, S. N5

23 Vgl. Sauer, Stefan: Viele Studenten, wenig Lehrlinge. In: Berliner Zeitung vom 30.08.2012 und Sauer, Stefan: Akademiker werden zum Problem. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 29.08.2012

haben eine zentrale Schwäche: Sie verlieren ihre Wirkung, wenn man sie kennt.

Insofern ist es also wesentlich, Aufklärung fortzusetzen, sich eben des Verstandes zu bedienen, um Ausgang aus der selbst- und fremdverschuldeten Unmündigkeit zu nehmen. Es ist wichtig, diese Fragen in ihrer ganzen Tragweite öffentlich klar und deutlich aufzubringen, Rechenschaft von der Politik zu fordern, die Lage in den eigenen Verbänden zu klären und in den Schulen und Kollegien sowie mit den Eltern offensiv zu diskutieren. Gleiches steht für die Erziehungswissenschaft und Fachdidaktiken an sowie für die Lehrerbildung. Hier ist bereits vieles geschehen, so etwa seitens der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen' (www.bildung-wissen.eu), die eine Plattform für inzwischen hundert Wissenschaftler und mehrere hundert Lehrer bietet, die sich mit den Fragen auseinandersetzen.

» Wiedergewinnung des Pädagogischen und Politischen

Dem antihumanistischen Neusprech und antiaufklärerischen Neudenk ist eine Besinnung auf den Kern von Bildung und Erziehung in Theorie und Praxis entgegenzusetzen: Eine Wiedergewinnung des eigentlichen Pädagogischen, das zugleich immer auch die Verantwortung der Pädagogen als Bürger einschließt. Denn die tägliche Arbeit im Klassenzimmer hat tragende Bedeutung für das Gemeinwohl. Daher müssen Lehrerinnen und Lehrer immer auch Bürger sein, die – wo angezeigt – vor die Tür ihres Klassenzimmers treten und für ihre Schüler die humanen und demokratischen Grundlagen unseres Zusammenlebens verteidigen: »Das Prinzip des Pädagogischen aufzuweisen und in die öffentlichen Räume hinein zu kommunizieren heißt auch, sich in den Kampf gegen die kulturelle Hegemonie zu begeben, in der die Leitvorstellung einer sozialtechnologischen Steuerung psychischer und geistiger Strukturen Heranwachsender in einem ungesteuerten Wirtschaftssystem vorherrscht.«²⁴

24 Bernhard, Armin: Die Austreibung des Pädagogischen aus Kultur und Gesellschaft. In: Reißland, M./Borst, E./Bernhard, A.: Die Wiedergewinnung des Pädagogischen. Hohengehren 2010, S. 19f.

INFO

Prof. Krautz wird auch beim Mülheimer Kongress von *lehrer nrw* am 13./14. November einen Vortrag halten. Thema: **Verlust des Pädagogischen: Bildungsreformen zwischen Ökonomismus und Kulturabbau**

Inklusion

Keine Frage von Ideologie, sondern von Vernunft

Ein Gastbeitrag von Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Inklusion wird emotional und zum Teil ideologisch diskutiert. Dabei geht es um das Wohl von Kindern, von behinderten Kindern. Erforderlich ist eine sachgerechte und ernsthafte Diskussion. Aber wer nicht für das rot-grüne Schulexperiment ist, gilt als Integrationsgegner und kann seine Argumente nur schwer vortragen.

Dabei sind sich alle einig, dass behinderte Kinder so intensiv wie möglich gefördert werden müssen. Aber warum kann das nur in einem gemeinsamen Unterricht erfolgen? Ist nicht vielleicht eine gezielte, besondere Förderung durch Experten besser für diese Kinder? Haben Förderschulen nicht bewiesen, dass sie sehr viel erreichen? Waren die Sonderpädagogen erfolglos?

» Was die UN-Behindertenrechtskonvention nicht fordert

Die Unruhe, die jetzt in die nordrhein-westfälischen Schulen getragen wird, beruft sich auf die UN-Behindertenrechtskonvention. Dort wird aber nicht die Abschaffung der Förderschulen gefordert. Vielmehr verlangt die Konvention, dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen.

Genau dies gewährleistet unser Bildungssystem bereits. Natürlich sollten Eltern die Möglichkeit haben, ihr behindertes Kind auf eine Regelschule zu geben. Kinder werden längst – je nach Art und Grad ihrer Behinderung differenziert – an Regelschulen unterrichtet. Zusätzlich bietet unser Bildungssystem mit den Förderschulen die Möglichkeit, Kinder mit Behinderungen gezielter zu un-



»Erfolgreiche Inklusion bedeutet für mich, dass alle Kinder je nach ihren individuellen Voraussetzungen an jeweils der Schule am besten aufgehoben sind, auf der sie am besten gefördert werden.« **Herbert Reul**

terstützen und zu fördern. Nun aber soll den Eltern faktisch das Recht genommen werden, sich für die Förderschule zu entscheiden, indem das gut funktionierende Förderschulsystem nach und nach abgeschafft wird, spätestens, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, es an qualifiziertem Personal mangelt und die Kassen leer bleiben. Das halte ich für den falschen Weg.

» Inklusion nach kommunaler Kassenlage?

Das Inklusions-Konzept der rot-grünen Landesregierung wirft viele Fragen auf. So stellt sich die Frage nach der Bereitstellung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen. Allein für die Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit ist ein enormer Betrag notwendig. Da die Landesregierung die

Verantwortung hierfür auf die Kommunen abschiebt, ist damit zu rechnen, dass die Qualität der Inklusion zukünftig von der Finanzlage der Kommunen abhängt. Wird damit tatsächlich dem Sinn der UN-Konvention Rechnung getragen? Ich glaube kaum. Hinzu kommt das Problem, dass zusätzliches Betreuungspersonal und Fachkräfte gebraucht werden. Eine einfache Fortbildung für Lehrer reicht da nicht. Ich kann gut verstehen, dass sich Lehrer fragen, wie sie mit den neuen Anforderungen umgehen sollen. Dann ist da noch die Frage nach der Klassengröße, der Doppelbesetzung von Lehrkräften für inklusive Lerngruppen und das Problem, dass der Gesetzentwurf keine Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht vorgibt. Ganz zu schweigen von der Frage, wie sinnvoll es ist, dass allein die Eltern zukünftig Förderbedarf beantragen dürfen.

» Bewährtes Förderschulsystem erhalten

Erfolgreiche Inklusion muss das Wohl aller betroffenen Kinder einer Lerngruppe zugrunde legen. Das schließt sowohl die inklusiv zu fördernden Kinder, als auch alle anderen Schüler mit ein, die optimal gefördert und unterrichtet werden sollen. Das Ende vom Lied könnte sein, dass die leistungsstarken Schüler unterfordert und die leistungsschwächeren überfordert sind. Erfolgreiche Inklusion bedeutet für mich, dass alle Kinder je nach ihren individuellen Voraussetzungen an jeweils der Schule am besten aufgehoben sind, auf der sie am besten gefördert werden. Ich kann nur hoffen, dass unser bewährtes Förderschulsystem nicht aufgrund ideologischer Gründe kaputt gemacht wird.

ZUR PERSON

Herbert Reul ist Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Bezirksvorsitzender der CDU Bergisches Land. Er war von 1985 bis 2004 Mitglied des Landtags NRW und von 1985 bis 1991 Schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag. Vor seiner politischen Laufbahn arbeitete er als Studienrat am Gymnasium.

Die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen – falsch verstanden?

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung definiert seit dem Regierungswechsel 2010 Schule geradezu inflationär neu. Dabei stehen leider neue Begrifflichkeiten im Vordergrund, selten zu Ende gedachte Konzepte.



von MICHAEL KÖNIG

» Schulpolitik als ideologische Spielwiese

Magere, kaum nachvollziehbare Inhalte verbergen sich im Zeitalter des 'historischen Schulkonsenses' hinter positiv belegten Wortkonstrukten. Marketing statt Mehrwert. Die ideologisch gewollte Einführung der Sekundarschule wird dann zur Antwort auf die zurückgehenden Schülerzahlen und das veränderte Elternwahlverhalten. Die äußere Differenzierung wird zur *Selektion*, die die Ministerin am liebsten ganz abschaffen möchte. Das Wort ist ohnehin bei uns Deutschen negativ belegt. Aber sind leistungsbezogene Differenzierung in einer leistungsbezogenen Arbeitswelt und *Selektion* wirklich dasselbe? Der Anspruch auf Bildung für alle wird zur Chancengleichheit und Bildungsge-

rechtigkeit dergestalt, dass eine Schule für alle Schüler entstehen soll. Aber ist Chancengleichheit nicht mehr als nur bloße Gleichmacherei? Und verlangt nicht auch (Bildungs-) Gerechtigkeit, dass wesentlich Gleiches nicht ohne sachlichen Grund ungleich, wesentlich Ungleiches nicht gleich behandelt wird, wie es bereits Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes gebietet? Es beunruhigt, dass das Bildungsressort eines ganzen Landes jemandem anvertraut wird, der offenbar griffige Bezeichnungen über reale Inhalte stellt.

Auch das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung interpretiert das Ministerium für Schule und Weiterbildung völlig anders, als es der Wortlaut zulässt. Im Ergebnis wirken die in die VN-Konvention hineingelesenen Kernaussagen so, als wären sie aus einem parteipolitischen Grundsatzprogramm abgeschrieben. Der in Art 24 Abs. 2 a) der VN-Konvention manifestierte Anspruch jedes

Menschen, aufgrund einer Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen zu werden, wird plötzlich zu der Forderung, das gemeinsame zielgleiche und zieldifferente Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in der allgemeinen Schule zu ermöglichen. Aber das allgemeine Bildungssystem ist etwas anderes als die allgemeine Schule.

» Revolution unter dem Deckmantel der VN-Konvention

Aus einem integrativen Bildungssystem im Sinne der VN-Konvention, das Menschen mit Behinderung integriert und nicht ausschließt, leitet das MSW die Forderung ab, eine integrative Schulform zu schaffen. Und die Förderschulen abzuschaffen. Das traditionelle, differenzierte Schulwesen Nordrhein-Westfalens ist mit seiner Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und seinem Angebot an Einrichtungen sonderpädagogischer Förderung richtungsweisend für den Grundgedanken eines integrativen Bildungssystems. Kein Kind wird aufgrund einer Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen, genau wie es Art. 24 Abs. 2a) der VN-Konvention wörtlich fordert. Wesentliche Inhalte der VN-Konvention genießen seit der Änderung von Artikel 3 GG in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit 1994 Verfassungsrang.

Aus Sicht des Ministeriums ist selbst die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfes schon der Beginn einer Diskriminierung – obwohl jedem ideologisch Unbefangenen letztlich klar ist, dass die individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers zunächst eine Diagnostik in den Schulen voraussetzt.

Dass die kommunalen Schulträger seitens des MSW daneben die Möglichkeit erhalten, auf die Fortführung aller ihrer Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Emo-

Dies ist ein Plakatmotiv, das derzeit des öfteren in Köln zu sehen ist

Es verrät viel über die Ideologie, mit der in Nordrhein-Westfalen Inklusionspolitik betrieben wird. Das Plakat vermittelt auf subtile Art und Weise, dass behinderte Kinder und Jugendliche vor der Inklusion nicht an Bildung teilhaben konnten und Förderschulen bisher keine Bildung vermittelt haben. Dies kritisieren die Schulleiter der Kölner Förderschulen in einem Brief an das NRW-Schulministerium und an die Bezirksregierung Köln. Tatsächlich ist genau das Gegenteil

der Fall: Das sehr differenzierte System der Förderschulen ist bis heute Garant dafür, dass für alle – auch für die schwerstmehrfach behinderten Kinder – der Anspruch auf Bildung erfüllt werden konnte. »Das Plakat diskriminiert tausende von Förderschülerinnen und Förderschülern in unserem Land, deren Eltern, deren Lehrerinnen und Lehrer und die entsprechenden Schulsysteme«, heißt es in dem Schreiben.



tionale und soziale Entwicklung sowie Sprache zu verzichten, verletzt zudem eklatant Art 24 Abs. 2 c) und d) VN-Konvention. Das Ministerium setzt sich offenkundig über die VN-Konvention hinweg, nach der »angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen« und insbesondere »Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet werden muss, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern.«

» Wie ich es sehe

Was jeder Lehrer wissen sollte: Zielsetzung der VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist nicht die Abschaffung des hervorragend differenzierten, die individuelle Förderung und Entwicklung jedes einzelnen Schülers in den Fokus stellenden Allgemeinen Bildungssystems mit seinem sehr guten Förderschulsystem in Nordrhein-Westfalen, auch wenn Ministerin Löhrmann nicht müde wird, dies zu behaupten.

Ziel der VN-Konvention ist auch nicht das gemeinsame zielgleiche und zieldifferente Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in der einen, allgemeinen Schule, sondern die Verpflichtung, dass Menschen aufgrund einer Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Und: Die Beschulung in Förderschulen ist keine Diskriminierung im Sinne der VN-Konvention. So bestimmt Art. 5 Absatz 4 der VN-Konvention, dass »besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, nicht als Diskriminierung im Sinne der Konvention gelten«. Warum also alles ändern? Nur weil es die eigene Ideologie so will? Die Antwort lautet: Genau so.

» Nicht nur Ideologie

Zugegebenerweise wundert es mich, dass Eltern, Lehrer und Schüler, die ja die eigentlich

Betroffenen sind, nicht mit wachsendem Verständnis auf Worthülsen und inhaltsleere Konzepte reagieren, die irgendwie nach PowerPoint-Folien klingen, aber nicht nach dem wahren Leben. Natürlich sollten Schulen barrierefrei sein, und zwar alle Schulen. Natürlich sollten Eltern für ihr Kind die Schulform wählen können, die sie sich wünschen und die der Entwicklung des Kindes am besten gerecht wird. Und natürlich ist diese Wahlentscheidung der Eltern nur umsetzbar, wenn das Land die notwendigen baulichen und personellen Änderungen finanziert. Wenn die Schüler-Lehrer-Relation der Förderschulen auf die allgemeinen Schulen übertragen wird. Und wenn wirklich eine Doppelbesetzung in den Klassen gewährleistet, dass die so oft zitierte individuelle Förderung auch wirklich leistbar ist. Bildungspolitik ist immer auch Ausdruck einer Ideologie. Aber sie darf nicht nur Ideologie sein.



Michael König ist Justitiar des Lehrers nrw –
Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

Sie geben alles. Wir
geben alles für Sie:
mit unserer Dienstun-
fähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet
Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitschutz speziell für Lehrer/-innen
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de
oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Dienstleister der AXA Gruppe



Viel Arbeit, wenig Geld,
noch weniger Anerkennung
Wut und Enttäuschung der Fachleiterin-
nen und Fachleiter sind riesengroß.



Anschlag auf die Qualität der Lehrerausbildung

Täglich erreichen die *lehrer nrw*-Geschäftsstelle E-Mails und Anrufe von wütenden, frustrierten und enttäuschten Fachleitern. Die Wut auf die Landesregierung, die die Fachleiter mit einer etwas erhöhten Zulage ruhig stellen wollte, um ihnen dann noch mehr Belastungen aufzubürden, ist riesengroß. *lehrer nrw* kämpft seit Jahren um bessere Bedingungen und mehr Wertschätzung für die Arbeit der Fachleiter. Dieser Kampf geht nun in die nächste Runde.



von FRANK GÖRGENS

In Zeiten, in denen die Anforderungen an die jungen Lehrerinnen und Lehrer stetig wachsen und anspruchsvoller werden, muss die Ausbildung professionell und fachlich qualifiziert organisiert sein. Eine vitale und leistungsfähige Lehrerbildung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für ein leistungsfähiges Schulsystem und eine Basis für eine belastbare und leistungsfähige Kollegenschaft. An diesen Zielen sollte auch die schulpolitische Administration ein erhebliches Interesse haben – nicht zuletzt, aber auch aus Kostengründen. Vor diesem Hintergrund ist die Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen in den unterschiedlichen Institutionen der Lehrerbildung von enormer Bedeutung. Hier werden didaktische Perspektiven, das Handwerkzeug guter Unterrichtsdurchführung und nicht zuletzt die Haltung zum Beruf des Lehrers weitergegeben und vorgelebt. Somit liegt hier eine wesentliche Stellschraube für guten Unterricht und gute Schulen.

Es bleibt zu hoffen, dass ein Großteil der guten Lehrerinnen und Lehrer in die Lehrerbildung wechseln, weil sie dort Arbeitsbedingungen finden, die eine zielgerichtete Arbeit mit den Junglehrern ermöglichen, weil sie ein Arbeitsumfeld finden, in dem sie sich wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen.

» Trügerisches Zeichen der Wertschätzung

Seit Jahrzehnten kämpft *lehrer nrw* für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fachleitungen in der Lehrerbildung. Der Verband setzte sich immer wieder für eine attraktivere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen ein. Im April 2013 verkündete dann das NRW-Schulministerium, dass die Fachleiter-Zulage von bisher 76,69 Euro auf 150 Euro pro Monat nahezu verdoppelt wird. Dies war immerhin ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Fachleitungen. Ein erster

Erfolg des Kampfes von *lehrer nrw* schien erreicht.

Nun aber legt das MSW in Düsseldorf eine Überarbeitung des Runderlasses aus dem Jahr 1985 zu 'Anrechnungsstunden der Lehrkräfte als Fachleiterin oder Fachleiter an Zentren für schulpraktische Lehrerbildung' vor.

» Massive Verschlechterungen

In dieser Überarbeitung wird eine Reihe von Veränderungen vorgeschlagen, die die Arbeitsbedingungen der Kollegenschaft in der Lehrerbildung massiv verschlechtern. Ein Auszug aus dem Katalog der geplanten Neuerungen:

1. Verringerung der Anrechnungsstunden für Fachleiter
2. Herabsetzen der Grundermäßigung für die Kernseminarleitung
3. Vergabe von Anrechnungsstunden für Seminarleiter im Einvernehmen mit der Seminarkonferenz
4. Begrenzung der Arbeitszeit für Fachleiter bis höchstens zur Pflichtstundenzahl ohne gleichzeitige personelle Ressourcenzuteilung an die Seminare

Das Ergebnis dieser Reformen ist, dass die Arbeitsbelastungen der Fachleitungen massiv verdichtet und erhöht werden. Es handelt sich um eine Sparmaßnahme der Landesregierung. Vielfach entsteht der Eindruck, dass die Fachleitungen die längst überfällige und unzureichende Aufstockung der Fachleiter-Zulage selbst erwirtschaften sollen. Ein fatales Signal an die Fachleitungen vor Ort!

» Fachleitermangel droht

Die Einrichtungen der Lehrerbildung haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Neuerungen weitgehend klaglos und effizient umgesetzt. Dabei sind eine Fülle von Mehrbelastungen durch konzeptionelle Arbeiten geleistet worden. Im April glaubten die Kollegen an den Seminaren, dass es sich bei der Erhöhung der Zulage um ein Zeichen der

Wertschätzung für die Arbeit in den letzten Jahren handelt. Nun entsteht an der Basis der Lehrerbildung ein ganz anderer Eindruck. Unter diesen Rahmenbedingungen wird es noch schwieriger als bisher, Lehrkräfte für die verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe in der Lehrerbildung zu gewinnen. Bereits jetzt werden Fachleitungsstellen nicht selten mehrfach ausgeschrieben, weil sich keine oder keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden lassen. Die geplanten Maßnahmen werden sicherlich nicht zur Verbesserung dieser Situation führen.

» Anschlag auf die Qualität der Lehrerbildung

Insgesamt ist dieses Reformvorhaben ein Anschlag auf die Qualität der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen. Das von *lehrer nrw* mit auf den Weg gebrachte neue Lehrerbildungsgesetz beinhaltet einige gute Ansätze. Hierzu gehören die personenorientierte Beratung, die Einführung eines Kerncurriculums, die Einführung eines Eingangs- und Perspektivgesprächs oder auch die Einführung eines benotungsfreien Raumes. Um diese Neuerungen mit Leben zu füllen und ihnen tatsächliche Qualität zu verschaffen, braucht es jedoch ausreichende Ressourcen. Andernfalls droht ein Qualitätsverlust der Lehrerbildung.

Bei dem o.a. Runderlass muss nachgebessert werden! *lehrer nrw* fordert ein Funktionsamt für Fachleitungen im Sekundarbereich I, das im Sekundarbereich II bereits seit Jahrzehnten selbstverständlich ist. Dies sind Fragen der Gleichbehandlung und einer modernen, leistungsfähigen Lehrerbildung.

Der Entwurf des Runderlasses unterliegt der Mitbestimmung nach dem LPVG. Die Verbände und die Hauptpersonalräte werden sich hier einmischen und für bessere Arbeitsbedingungen in der Lehrerbildung kämpfen.



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* des *lehrer nrw* – Verband für den Sekundarbereich • E-Mail: FGorgens@t-online.de

Kein Entkommen

An einem Feldweg postierten sich die dbb-Demonstranten, darunter mehrere *Lehrer NRW*-Mitglieder, um die Ministerpräsidentin abzufangen.

Die Wut ist überall

Normalerweise tritt auf der Freilichtbühne im Sauerlanddorf Elspe Winnetou für Recht und Gerechtigkeit ein. Doch auch Beamte kämpfen in Elspe für ihr Recht. Das bekam kürzlich Hannelore Kraft höchstpersönlich zu spüren.



von ULRICH GRÄLER

Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen hatte sich zur Impulsveranstaltung der Südwestfalen-Regionale 2013 in Elspe angekündigt, wo ansonsten 'Winnetou' während der Sommermonate für Recht und Gerechtigkeit kämpft. Doch dieses Mal erwartete sie auf dem kleinen Feldweg zum Hintereingang des Veranstaltungsorts, der keinerlei Rückzugsmöglichkeiten zuließ, eine erboste Demonstrentenschare der regionalen dbb-Verbände. Sie brachten ihre Wut darüber zum Ausdruck, dass die Landesregierung das Tarifergebnis für die Angestellten im öffentlichen Dienst nicht auf die Beamtenbesoldung in Nordrhein-Westfalen übertragen will.

» Kraft stellt sich

Vertreter zahlreicher dbb-Verbände wie Richterbund, Steuergewerkschaft, komba, Gewerkschaft der Polizei, der Sozialverwaltung, der Strafvollzugsbeamten, Bund deutscher Forstleute und natürlich von *Lehrer*

nrrw äußerten lautstark und mit Plakaten ihren Unmut. Wie bereits bei der Demonstration vor wenigen Wochen in Siegen nahm sich die Ministerpräsidentin auch hier die Zeit, um sich den Argumenten der Verbandsvertreter zu stellen.

Das Versprechen aus dem Wahlkampf, die Beamten von der künftigen Lohnentwicklung nicht weiter abzukoppeln, wehrte sie mit dem Gegenwurf ab, dass der Satz aus dem Zusammenhang gerissen sei. Sie verwies stattdessen auf die stetig steigenden Pensionslasten, die bald dahin führten, dass es genau so viele passive wie aktive

Beamte in Nordrhein-Westfalen gäbe. Die tarifliche Gleichstellung der Beamten sei bei einer Personalkostenquote von 43 Prozent des Landeshaushalts nicht finanzierbar und gleiche einer Quadratur des Kreises. Auch andere Bereiche wie zum Beispiel die Denkmalpflege würden von den Einsparungen nicht ausgenommen.

» Der neue 'Wutbeamte' ist überall

Thomas Falke, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der nordrhein-westfälischen Sozialverwaltung aus Olpe, hielt der Landeschefin entgegen, dass die Beamten im öffentlichen Dienst dem Land in den vergangenen zehn Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe erbracht hätten. Damit hätten sie einen nicht unwesentlichen Sparbeitrag zur Konsolidierung des Haushalts geleistet. Falke kündigte an, dass man die 'Politik der Nadelstiche' fortsetze und überall dort demonstriere, wo die Ministerpräsidentin auftrete. Den neuen 'Wutbeamten' gäbe es schließlich überall in Nordrhein-Westfalen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellte sich der Diskussion mit den wütenden Beamten.



Ulrich Gräler ist 2. stellv. Vorsitzender des *Lehrer NRW* – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: Ugraeler@t-online.de

Herr Lernbegleiterin

Kürzlich hat der Erweiterte Senat der Universität Leipzig eine mutige, wegweisende und visionäre Entscheidung getroffen. In der Grundordnung der Uni wird künftig auf die Verwendung männlicher Berufsbezeichnungen verzichtet. Stattdessen wird nur noch die Formulierung 'Professorin' für Lehrende beider Geschlechter verwendet. Was zu hübschen Schlagzeilen à la 'Herr Professorin' führte. Natürlich haben einige Kleingeister gleich den Untergang des Abendlandes, zumindest aber des Patriarchats, ausgerufen. Nichtsdestotrotz steht fest: Als Bollwerk des Gender Mainstreaming liegt die Uni voll im Trend.

Wir gendern, inkludieren, begradigen, nivellieren, was das Zeug hält. Die Vision einer geschlechtsneutralen, heizpilz-

und plastiktütenfreien, biodynamischen, durchquotierten Nichtrauchergesellschaft mit Tempolimit und grundgesetzlich verankertem Recht auf Abitur für alle ist nicht mehr fern. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Lehrerinnen (wir folgen da gendermäßig strikt der Uni Leipzig). Sie müssen ihren Schülerinnen die von klugen Professorinnen und Ministerialbeamtinnen ersonnenen Bildungsstandards eintrichtern, damit beim Multiple Choice Test zum Erwerb des Abiturs auch nichts schiefgeht. Pädagogische Freiheiten und kritische Ansichten der Lehrkräfte wären da eher hinderlich. Gefragt sind systemkonforme, ideologisch gefestigte, stromlinienförmige Lernbegleiter/-innen.

Wir arbeiten dran!

Jochen Smets



Gleich kostenlos und unverbindlich individuellen Beitrag ermitteln:
www.mv-pflegezuegeld.de

Das Leben ist nicht immer planbar. Eine Pflegeversicherung schon.

Die DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bietet für Pflegebedürftigkeit die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Altersbegrenzung
- Leistung ohne Kostennachweis
- Versicherung für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie



Wir beraten Sie gerne:
Telefon: 089/5152 2353
oder info@odmv.de



Ein starker Partner. **ÖSTERREICHISCHER VERBUND**
Versicherungsgesellschaft für Mobilität und Verkehr

Gemeinsam. Starke für die Zukunft.

Die neue Altersteilzeit



Der Landtag in Düsseldorf hat am 15. Mai 2013 das Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen. Wesentlicher Bestandteil ist die Verlängerung der Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte bis 31. Dezember 2015.



von MICHAEL KÖNIG

Mit dem im September 2012 vorgelegten Kabinettsentwurf zur Altersteilzeit wollte die Landesregierung die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte weiter verbessern. Die Verlängerung der Altersteilzeit, für die sich *Lehrer nrw* bereits lange vor dem Auslaufen der bisherigen Regelung zum 31.12. 2012 stark gemacht hat, war vom Staatssekretär im MSW, Ludwig Hecke, bereits auf dem 43. Mülheimer Kongress im Herbst 2011 zugesichert worden. Mit der Verabschiedung durch den Landtag in Düsseldorf erfüllt sich also eine ganz wesentliche Forderung von *Lehrer nrw*.

» Die neuen Regelungen im Überblick

Dennoch hält sich die Freude an den Schulen in Grenzen – begreiflicherweise: Denn mehr als ein positives Signal, ein bewährtes personalpolitisches Instrument auch zukünftig nutzen zu wollen, hat die rot-grüne Landesregierung nicht zustande gebracht. »Die neue Altersteilzeit ist gegenüber der bisherigen Re-

gelung, die am 31. Dezember 2012 ausgelaufen war, deutlich abgespeckt«, kommentiert Brigitte Balbach, Vorsitzende von *Lehrer nrw*, die letztlich ernüchternde Bilanz.

Zunächst beträgt die Arbeitsleistung statt wie bisher bis zu 60 nun 65 Prozent vom durchschnittlichen Beschäftigungsumfang der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeit. Gleichzeitig wird die Nettobesoldung abgesenkt und beträgt statt der bisherigen 83 nun noch 80 Prozent während der gesamten Altersteilzeit auf der Basis des durchschnittlichen Beschäftigungsumfanges der letzten fünf Jahre. Hinzu kommt, dass nur noch achtzig statt wie bisher neunzig Prozent der Altersteilzeit als Ruhegehaltsfähige Dienstzeiten bei der Berechnung des Ruhegehaltes berücksichtigt werden.

Nicht verändert wurden hingegen die Eintrittsvoraussetzungen, also die Vollendung des sechzigsten Lebensjahres und der Verzicht auf die Altersermäßigung ab Vollendung des 55. und des 60. Lebensjahres. Unverändert besteht auch zukünftig die Möglichkeit, den fehlenden Verzicht auf Altersermäßigungsstunden zu kompensieren, indem diese Stunden während der Arbeitsphase der Altersteil-

zeit nachgeholt werden. Damit wird dem Problem begegnet, dass ein Verzicht auf Altersermäßigungsstunden über den Zeitrahmen der zum 31. Dezember 2012 ausgelaufenen Regelung seitens der Bezirksregierungen mangels einer rechtlichen Grundlage nicht genehmigungsfähig war. Die Beantragung der Altersteilzeit erfolgt auch zukünftig per Formular, das der Bezirksregierung spätestens sechs Monate vor dem beabsichtigten Eintritt in die Altersteilzeit, der zum Beginn des Schuljahres am 1. August und des zweiten Schulhalbjahres am 1. Februar erfolgen kann, vorliegen sollte. Erster Eintrittstermin der 'neuen' Altersteilzeit ist der 1. August 2013, letzter Eintrittstermin ist der 31. August 2015.

Aufgrund der Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren, die de facto zu einem Unterschreiten der Antragsfrist zum 1. August 2013 geführt hätten, sind vor dem 15. Mai 2013 gestellte Anträge von den Bezirksregierungen zurückgestellt worden; nach dem 15. Mai 2013 eingehende Anträge werden, vorbehaltlich eines etwaig abweichenden fachlichen Hinweises des MSW, der Voraussicht nach nicht an der zu späten Antragstellung scheitern.

» Wer gewinnt von der Neufassung?

Im Vergleich zur bisherigen Altersteilzeitregelung zwingt die Neuauflage den beamteten

Foto: Fotolia/lagom

Rente mit 67?

Angesichts der hohen Arbeitsbelastung ist das für viele Lehrkräfte eine Utopie. Eine attraktive Altersteilzeitregelung, die den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit fördert und zugleich Anreize für junge Lehrkräfte setzt, ist in Nordrhein-Westfalen allerdings nicht in Sicht.

Ministerien für Finanzen und für Inneres und Kommunales davon ausgehen, dass die Inanspruchnahme von Altersteilzeit aufgrund der im Vergleich zur bisherigen Regelung verschlechterten Konditionen in Zukunft zurückgehen wird.

» Wie ich es sehe

Das personalpolitische Potenzial einer attraktiven Altersteilzeitregelung ist der rot-grünen Landesregierung offenkundig immer noch

nicht klar. Zur Erinnerung: Als arbeitsmarktpolitisches Instrument sollte mit der Einführung der Altersteilzeit der längere Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit gefördert werden, nicht der vorzeitige Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Diese Zielsetzung wird der Realität an den Schulen aber nicht gerecht. So vergleicht das Institut für Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg die Stressbelastung von Lehrern mit der von Fluglotsen. Nur: Die Belastung ist so groß, die Anforderungen sind so gewaltig, dass Fluglotsen bereits mit 55 Jahren in den Ruhestand treten. Da liegen vor den Lehrkräften, die den gezielten Umgang mit den vielen unterschiedlichen Belastungssituationen weder im Studium vermittelt bekommen, noch im Berufsalltag professionelle Unterstützung erfahren, allerdings noch mehr als zehn Jahre im Dienst! Dass die Altersteilzeit ganz überwiegend nicht, wie ursprünglich angedacht, zum gleitenden Übergang in den Ruhestand genutzt, sondern in Form

des Blockmodells genommen wird, das einer Frühausgliederung aus dem Erwerbsleben gleichkommt, kann also nicht verwundern.

Angesichts der demographischen Entwicklung setzt die Weiterführung einer attraktiv gestalteten Altersteilzeit im Blockmodell aber nur dann die falschen Anreize, wenn die Nachbesetzung frei werdender Stellenanteile im Eingangsamt nicht zu einer Verjüngung der Lehrerschaft durch Einstellungen genutzt wird. Vor dem Hintergrund der Umgestaltung des nordrhein-westfälischen Schulsystems ist die signifikante Verschlechterung der Konditionen der Altersteilzeit absurd, weil sie mögliche Synergieeffekte für die Personalplanung des Landes gänzlich unbeachtet lässt.

» Inakzeptable Ungleichbehandlung

Denn auch Nordrhein-Westfalen kann für qualifizierte, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer nur dann attraktiv bleiben, wenn heute die Besoldung stimmt – und morgen ein akzeptabler Lebensabend winkt. Das gilt für Beamte gleich wie für Tarifbeschäftigte. Und umso inakzeptabler wirkt sich die Ungleichbehandlung beamteter mit tarifbeschäftigten Lehrkräften auch in diesem Bereich aus. Statt also verdienten Kolleginnen und Kollegen mit einer attraktiv gestalteten Altersteilzeitregelung den vorgezogenen Renten- bzw. Pensionseintritt zu erleichtern und hoch motivierte junge Lehrkräfte zu ködern, senkt die 'neue' Altersteilzeit die Motivation der Lehrkräfte weiter. Egal, ob sie sich zum Bleiben oder zum Gehen entschließen: Wertgeschätzt und verstanden fühlen sie sich nicht.



Michael König ist Justitiar des Lehrers nrw –
Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

Lehrkräften die Anhebung des Arbeitsmaßes unter gleichzeitiger Reduzierung der Nettobesoldung und der Absenkung der Ruhegehaltssumme auf. Bereits bisher wurden die Mehrkosten der Altersteilzeit zu einem nicht unerheblichen Teil durch Eigenleistungen der Lehrerinnen und Lehrer kompensiert, insbesondere durch den Verzicht auf und den Wegfall von Altersermäßigungsstunden sowie durch Nachbesetzung frei werdender Stellenanteile im Eingangsamt. Im Ergebnis verbleibt bei der Neuaufnahme nur noch eine Deckungslücke von 0,4 Prozent der jährlichen Kosten einer Vollzeitstelle, die das Land trägt; dies bedeutet pro Altersteilzeit-Fall eine jährliche Deckungslücke in Höhe von gerade einmal 200 Euro.

Damit ist die Neuaufnahme schlicht unattraktiv geworden und spricht nur noch diejenigen an, die ohnehin möglichst zeitnah die Schule verlassen möchten. Und es verwundert nicht, dass selbst die beiden im Gesetzgebungsverfahren federführenden

Klassenfahrt nach Berlin

Kunst, Kultur und Currywurst

4 Tage Busreise

ab 103 €

Tel. 05261 2506-7110 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de



Die Gymnasien gelten als die leistungsmäßige Spitze des Bildungssystems. Doch wie der König im Schachspiel ist auch die erfolgreiche Schulform Gymnasium offenbar nicht mehr vor Angriffen gefeit.

Gymnasien in Gefahr?

Die Gymnasien in Deutschland gelten bislang selbst aus Sicht glühender Einheitsschul-Verfechter als unangreifbar. Doch einige aktuelle politische und demografische Entwicklungen sorgen für Nachdenklichkeit unter Gymnasial-Vertretern.



von HERIBERT BRABECK

Rückläufige Schülerzahlen in Nordrhein-Westfalen und damit eine Gefahr für 170 von 630 Gymnasien durch den demografischen Wandel beklagte der Philologen-Verband NW schon im Februar 2012. Er forderte seinerzeit von der Politik, auch kleine Gymnasien zu akzeptieren. Der Trend ginge zum Zweisäulenmodell: hier die Gymnasien, dort die integrativen Systeme Gesamt- und Sekundarschulen. Letztere punktetten mit dem Ganztagsbetrieb, der angeblich größeren individuellen Förderung oder der Verheißung, bei ihnen bliebe kein Kind sitzen. Das mache die 'Attraktivität' dieser Schulform aus.

» Auf dem Weg zur leistungslosen Einheitsschule

Der Chef der nordrhein-westfälischen FDP, Christian Lindner, sah laut dpa vom 16. April 2013 die Gefahr, dass in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen die grün-roten Regierungen die leistungslose Einheitsschule zu etablieren versuchten. Es

sei geplant, letztlich die Gymnasien auszutrocknen und zwar durch die Vorbereitung von Einheitslehrplänen und die Ausbildung von Einheitslehrern für alle Schulen. Das Gymnasium sei gegen Gesamt- und Sekundarschulen mit großen Klassen und wenig Ganztagsangeboten die am meisten vernachlässigte Schulform. (Hat er seinerseits die Realschule aus dem Auge verloren?)

Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' meldete am 7. Juni 2013, dass mit dem – neu auszubildenden – sogenannten Einheitslehrer mehr 'Bildungsgerechtigkeit' in die Schulen käme (Bremen habe seine Lehrerbildung schon als erstes Bundesland dergestalt reformiert). Unter Bildungsgerechtigkeit sei eine steigende Qualität des Unterrichts an allen Schulen zu verstehen. Das Gymnasium würde auch nicht unter der Vereinheitlichung der Lehrerbildung, die sich derzeit in mehreren Bundesländern anbahnt, leiden. Nicht nur der Deutsche Philologenverband sorgt sich aber letztlich um das Gymnasium selbst, weil er einen Angriff durch die Hintertür wittert. Gute Absolventen würden den Lehrerberuf scheuen, da ihnen nicht klar sei, als was sie aus dem Studium raus kämen.

» Gefährdung kleinerer Gymnasien

Der Philologenverband Baden-Württemberg protestierte am 16. Mai 2013 unter anderem gegen die Pläne des Kultusministeriums, bei der Festlegung von Schülermindestzahlen für die Eingangsklassen die Gymnasien eklatant zu benachteiligen (sechzig gegenüber vierzig an anderen Schularten) und gegen die massive Gefährdung kleinerer, insbesondere zweizügiger Gymnasien vor allem in ländlichen Regionen.

Und am 6. Juni 2013 beklagte der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Ansgar Focke im Weser Kurier, die Pläne der rot-grünen Landesregierung sähen vor, die über einhundert frei werdenden Lehrerstellen an den Gymnasien zum neuen Schuljahr nicht wieder zu besetzen. Stattdessen sollten die Lehrerstellen an Gesamtschulen umgeschichtet werden, wo mehr Pädagogen eingestellt würden als in Pension gingen. Die Harzburger Zeitung meldete am 8. Juni 2013, der Landesrechnungshof fordere – zu allem Überfluss – wieder einmal, die im Länder-Vergleich geringe wöchentliche Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an niedersächsischen Gymnasien zu erhöhen...



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des Lehrers nrw und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW - E-Mail: h.brabeck@grigora.de

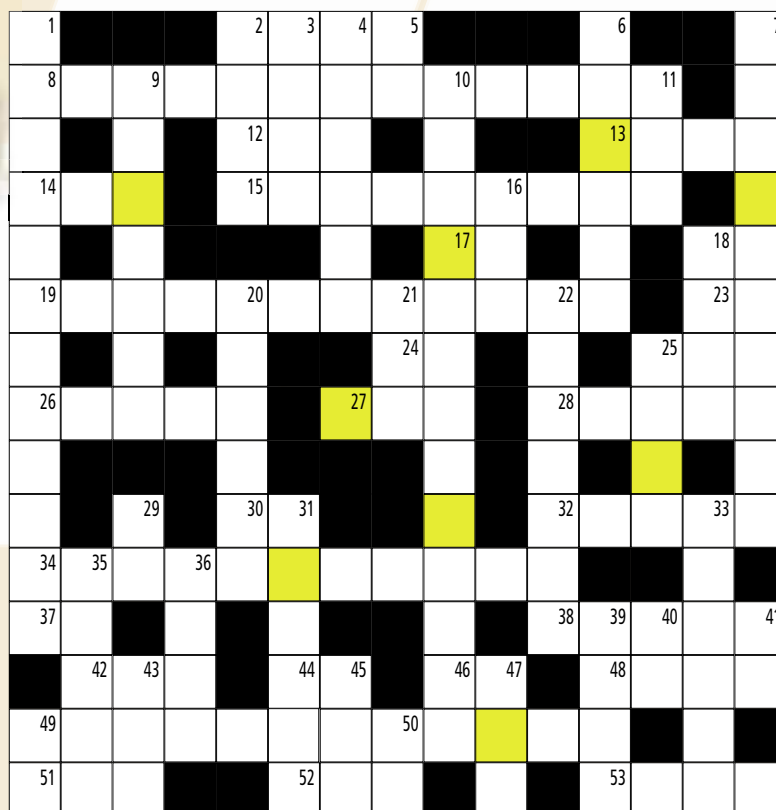
DENK-PAUSE

Waagerecht

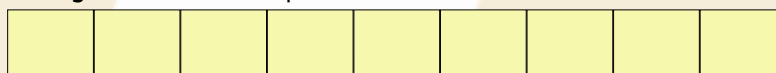
2. Feuerzeug
8. Helfen
12. Metall (Abkürzung)
13. Welle
14. Frauenname
15. Beschädigen, verletzen
17. Chinesischer Fluss
18. Er (span.)
19. Vermutlich, angenommen
23. Spielkarte
24. Fluss durch Münster
25. Ist (frz.)
26. Mathematiker
27. Heilverfahren
28. Stange
30. Personalpronomen
32. Knochelei
34. Eine altrömische Provinz
37. Dich (span.)
38. Kuchen
42. Narbe
44. Höhenbezeichnung
46. Nein (span.)
48. Raubtier
49. Atomwaffe
51. Himmelsrichtung
52. Zwei (engl.)
53. Reifen

Senkrecht

1. Vorname
2. Afrikanisches Runddorf
3. Insel (span.)
4. Musikalisches Übungsstück
5. Augenblick
6. Kopfschmuck männlicher Tiere
7. Klotz
9. Tölpel
10. Ital. Landschaft
11. Nein (frz.)
16. Gefrorenes
18. Osten (engl.)
20. Entdecker einer Meeresenge
21. Benetzung
22. Chlorsäure
25. Staatshaushalt
29. Dort
31. Gemüse
33. Verwandte
35. Mitgründer Roms
36. Zahl
39. Kellner
40. Chemisches Element (Kürzel)
41. Personalpronomen
43. Handlung
45. Bundesland (Kürzel)
47. Häufig
49. Nein (engl.)
50. Fragewort



Lösungswort: Zeit der Versprechen!

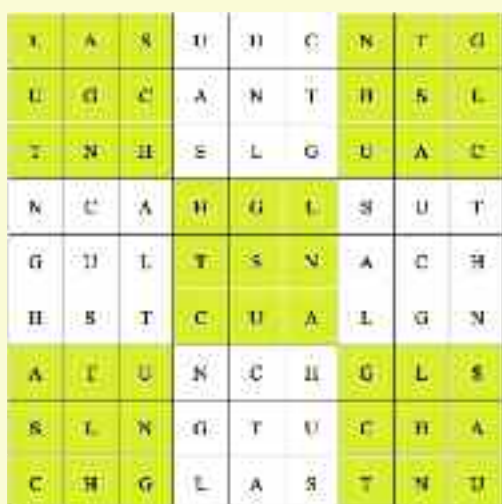


RÄTSELAUFLÖSUNGEN

Das Lösungswort
des Kreuzwort-
rätsels in
lehrer nrw 4/2013,
Seite 27 lautet:

**STEUER-
OASE**

Der nebenstehen-
den Grafik können
Sie die komplette
Auflösung des
Rätsels entneh-
men.



Lösung in einer Zeile: Kann unangenehm sein!

Für Mitglieder des
Verbandes 'lehrer nrw'
kostenfrei

Service- Broschüren

Erfahrene Fachleute des *lehrer nrw* Verbandes haben für Sie als Mitglied des Verbandes in zwölf aufwendig und übersichtlich gestalteten Broschüren wichtige Fragen des Schulalltages beantwortet. Diese im Schulverbandswesen einzigartige Schriftensammlung ist für Sie als Mitglied **KOSTENFREI**. Unter Angabe Ihrer Mitgliedsnummer sind diese bei dem Verband zu beziehen. Nutzen Sie dazu bitte den unten stehenden Coupon.

Die unterschiedlich umfangreichen Broschüren sind zu folgenden Themenschwerpunkten zu erhalten:

- Dienstliche Beurteilung
- Eine Aufgabe für alle: Gewaltprävention
- Für Beamte & Angestellte: Altersteilzeit
- Beihilfeverordnung (BVO Nordrhein-Westfalen): Beihilfe
- Lehrereinstellung
- Wenn der Storch kommt: Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld
- Einführung in das Versorgungsrecht: Neues Recht – Übergangsrecht – Altes Recht
- Lehrer an Ersatzschulen
- Schwerbehinderung: Leben und Arbeiten mit Nachteilsausgleich
- Teilzeit & Beurlaubung
- Informationen für angestellte Lehrkräfte: Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und Überleitungstarifvertrag (TV-Ü-Länder)
- Praxisratgeber für Lehrerräte (Wahlverfahren, rechtliche Grundlagen)

Bitte ausschneiden und an *lehrer nrw* - Graf-Adolf-Straße 84 - 40210 Düsseldorf senden

Hiermit bestelle ich **KOSTENFREI** die *lehrer nrw* Service-Broschüre

Name, Vorname

Adresse

Mitgliedsnummer

Ort, Datum

Unterschrift



Dienstliche Beurteilung



Gewaltprävention



Altersteilzeit



Beihilfe



Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld



Lehrerstellungsverfahren



Einführung in das Versorgungsrecht



Lehrer an Ersatzschulen



Schwerbehinderung



Teilzeit & Beurlaubung



Praxisratgeber für Lehrerräte

